ATZE

Antifaschistische Zeitung Kiel Nr. 21

Februar/April 1994 2,50 DM

ENDLICH! BONN STOPPT FASCHISMUS!



Liebe Leser, Liebe Leserinnen,

In diesem Jahr finden eine Reihe von Wahlen statt. Ohne ihre Bedeutung überschätzen zu wollen, kann schon jetzt ohne allzu großes Risiko prophezeit werden, daß besonders die Europa- und Bundestagswahlen den Schwerpunkt faschistischer Propaganda- und Aktionstätigkeit ausmachen werden. Bei der anstehenden Kommunalwahl in Schleswig-Holstein wird keine faschistische Partei flächendeckend antreten. Die REP legen ihren Schwerpunkt nach gegenwärtigem Erkenntnisstand auf Lübeck. Zugleich tauchen verschiedene neue Wahllisten - *Statt-Partei, Aufbruch 94, Bund freier Bürger* - auf, denen wir einen ersten Artikel gewidmet haben.

Daß auch bei den bürgerlich-demokratischen Parteien nicht wenige daran denken, mit nationalistischen oder rassistischen Parolen auf Stimmenfang zu gehen, ist den bisher bekanntgewordenen Wahlkampfstrategien deutlich zu entnehmen. Als aktuelles Beispiel berichten wir in diesem Heft über den Hamburger Bürgermeister Voscherau (SPD).

Einen weiteren Schwerpunkt in unserer Berichterstattung macht diesmal die staatliche Verfolgung und Kriminalisierung von AntifaschistInnen aus. Die Beispiele zeigen, daß alle diejenigen ins Visier des Staatsschutzes geraten, die sich ernsthaft der faschistischen Gefahr in den Weg stellen wollen - einerlei, ob Gewerkschafter oder Autonome. Die Rote Hilfe e.V. wird sich dieses Themas in Zukunft verstärkt annehmen. Näheres findet Ihr im Heft.

Aus der Vielzahl der übrigen Artikel möchten wir vor allem auf zwei hinweisen: der Aufmerksamkeit Hamburger AntifaschistInnen ist es zu verdanken, daß wir erneut über Verbindungen zwischen der *Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft* und der Nazi-Szene berichten können; natürlich findet Ihr auch eine erste Einschätzung zum Thema *Einblick*, jener von den Medien umfassend ausgeschlachteten Adressenliste, die der Terrorisierung von AntifaschistInnen und DemokratInnen dienen soll.

Wir freuen uns sehr, zu diesem Thema den Herausgeber der internationalen Antifa-Zeitschrift *Searchlight* in Kiel zu einer Veranstaltung begrüßen zu können (S. 21) und laden alle - RassistInnen und FaschistInnen natürlich ausgenommen - zum Besuch der Veranstaltung ein.

Die **ATZE**-Redaktion

Atze

Antifaschistische Zeitung
Kiel
Schweffelstraße 6,
24118 Kiel
Auflage: 900
Nr. 21, Februar / April 1994
V.i.S.d.P.: W. Petersen
Abdruck, auch auszugsweise, nur nach Rückfrage bei der Redaktion oder den AutorInnen.
Bankverbindung:
S. Petersen
KtoNr.: 47 53 83 - 204
Postgiroamt Hamburg
BLZ: 200 100 20
Redaktionsschluß für die Nr. 22: 30. März 1994

Inhaltsverzeichnis

Wahlen 1994

Kriminalisierung von AntifaschistInnen

Gestern und Heute

Schleswig-Holstein

Sonstiges

Ziehen REP in Schleswig-Holsteins Rathäuser ein ?

Nachdem die DVU schon früh den Verzicht auf eine Kandidatur bei den Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein verkündet hatte, bestünden für die REP gute Chancen, das Stimmenpotential rechts von der CDU geschlossen für sich zu gewinnen und so erstmals in Schleswig-Holsteins Kommunalparlament einzuziehen. Allein: auch die REP haben im Norden ihre Krise noch nicht überwunden und so ist eine flächendeckende Kandidatur ausgeschlossen.

Nach den Austritten führender Parteifunktionäre wie dem altbekannten Emil Schlee in den letzten Jahren, denen einerseits die Partei noch immer zu wenig offen rassistisch und nationalistisch war und die andererseits mit dem autoritären Führungsstil des Rep-Chefs Schönhuber dauerhaft nicht zurechtkamen, hat sich die Partei weder personell noch politisch stabilisieren können. So existiert momentan keine flächendeckend arbeitende Parteistruktur. Zwar gibt es, z.B. in den Städten Kiel und Lübeck Kreisverbände, eine organisierte und breit angelegte Wahlpropaganda gibt es bisher jedoch nur in Lübeck. Dort fordern die REP in ihrem Kommunalwahlprogramm u.a., daß Lübeck wieder ein eigenes Bundesland wird. In Flugblättern treten sie für die Streichung des Frauen-Nachttaxis ein, beklagen die „Informationsblockade" der lokalen Medien und fordern die Bereitstellung von günstigem Wohnraum, natürlich ohne „Benachteiligung für Deutsche". In diesem Sinne dürfte denn wohl auch Gordon Zöllner seinen Beruf verstehen, der als Makler für die REP kandidiert. Als Spitzenkandidat tritt Rainer-Jürgen Brandt an; weitere Kandidaten sind u.a. Alexander Meier (Verwaltungsbeamter), Hennig Raffel (Versicherungskaufmann), Oswald Becker (Rechtsanwalt), Heinz Bittiehn (BGSler a.D.), Andreas Leverentz und Claus Schwindt (BGSler).

In anderen Ortschaften bemühen sich die REP per Zeitungsannoncen darum, einen arbeitsfähigen Stamm von Mitgliedern zusammenzukriegen. Weil sie vermutlich in den REP die zur Zeit erfolgversprechendste faschistische Wahlkandidatur sehen, kehren auch Ex-REP-Mitglieder zur Partei zurück. So trat Ende1993 Hans-Werner Lepthien aus Nortorf wieder in die Partei ein. Er ist Mitglied der antisemitischen Ludendorffer und Teilnehmer des von militanten Neonazis organisierten Heß-Aufmarsches. Dieser Gedenkmarsch ist seit dem Tod von Heß zu einem Symbol der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen konkurrierenden faschistischen Gruppierungen geworden. In Wunsiedel traten immer in großem Maßstab militante Faschisten paramilitärisch auf. Ob der Wiedereintritt Lepthiens auch in diese Richtung neue Brückenschläge symbolisiert, wird zu beobachten sein.

Die Entwicklungen in Schleswig-Holstein sind in mancher Hinsicht symptomatisch für die Entwicklung in der Bundespartei. Während die Parteispitze um Schönhuber - orientiert an neurechter Strategie - seit Jahren versucht, ein Image der Partei aufzubauen, das diese formal klar von traditionellen neofaschistischen Parteien und Ideologiebildern abgrenzt, gibt es an der REP-Basis und bei vielen Funktionären dieses „Bedürfnis" nach taktischer Abgrenzung nicht.

Schönhuber und seine treuen Gefolgsleute wollen dagegen ihre Linie um jeden Preis aufrechterhalten. Zwar basiert die gesamte Tätigkeit und Programmatik der Partei seit eh und je auf völkischer Ideologie und offenem Rassismus, verkauft wird es aber als „Dritter Weg" neben bürgerlichen Parteien und nationalsozialistischer Tradition. Mit dieser Taktik sehen die REP-Macher am ehesten die Chance, WählerInnen vom rechten Rand der bürgerlichen Parteien und vor allem der CDU abzuspalten. Zudem gilt dies als erfolgversprechender als in Konkurrenz zu den übrigen offen rechtsradikal auftretenden Parteien und Gruppierungen von Deutsche Liga, DVU und NPD bis zur FAP um die entschieden neofaschistischen WählerInnen zu buhlen.

Eine Partei übt sich in Abgrenzungen...

Diese Auseinandersetzung prägte auch den REP-Programmparteitag, der am 26./27. Juni gegen starken antifaschistischen Protest unter Polizeischutz in Rastatt stattfand. Der dort vorgelegte Programmentwurf umfaßt 76 Seiten, untergliedert in 18 Kapitel. Die traditionelle Schönhuberlinie der Abgrenzung von neofaschistischen Parteien findet am Anfang des Programmes mit einem großzügig ausgewalzten Bekenntnis zum deutschen Grundgesetz statt. Daß dieser Teil des Programmes in keinerlei Bezug zu den



REP-Chef Schönhuber und sein Vize Rolf Schlierer

nachfolgenden inhaltlichen Kapiteln steht, ist REP-Tradition. Inhaltlich radikalisiert das neue REP-Programm den schon aggressiven Nationalismus - ein Zugeständnis an die Basis; sicherlich aber auch eine Reaktion auf den in der gesamten bundesrepublikanischen Gesellschaft stattfindenden Rechtstrend. Deutschland wird als Opfer „am Pranger der Weltgeschichte" dargestellt, die Opfer faschistischer Kriegs- und Vernichtungspolitik als eigentlich Schuldige. Schluß soll sein mit jeder Frage nach Verantwortung für die faschistischen Verbrechen, stolz sollen wir sein dürfen auf unsere Vergangenheit

> **Informieren Sie sich, rufen Sie uns an!**
> **DIE REPUBLIKANER**
> Kreisverband Kiel
> Telefon: 714965

REP-Anzeige in den Kieler Nachrichten

´33 bis´45 inklusive. Und als alter Waffen-SSler vergißt Schönhuber natürlich auch die „Leistungen unserer Soldaten" nicht.

Als grundlegender Gedanke wird wie schon im letzten Programm die völkisch/rassistische Idee der „Volksgemeinschaft" festgemacht. Propagiert wird das „Abstammungsrecht" für die Staatsangehörigkeit, ein „aus sich selbst begründetes Lebensrecht des deutschen Volkes" und der Nationalitätenstaat als einzig überlebensfähiges Staatsgebilde. Alles Staatshandeln muß demnach auf den Nutzen für die „Volksgemeinschaft" ausgerichtet sein, deren Bestand nur zu sichern sei „wenn die weitere Zuwanderung von Ausländern nach Deutschland ... beendet wird." Gleichzeitig bedeutet Deutschland für die REP allerdings weiterhin Großdeutschland. Angestrebt wird die „Einbeziehung Ostdeutschlands", d.h. der Regionen jenseits der Oder Neiße-Grenze.

An aktuellen Fragen zieht sich hauptsächlich die Gleichung „Ausländer = Bedrohung" durch das gesamte Programm. Die Flüchtlings- und Immigrationsproblematik wird unter der Überschrift „Innere Sicherheit" abgehandelt. Grundsätzlich sei die „Aufnahmekapazität ... erschöpft ...". Ausländer sind in den Augen der REP die eigentlichen Verursacher von Kriminalität, Umweltzerstörung und der Wohnungsnot. Ihre „Masseneinwanderung" zerstöre das Lohnniveau und den deutschen Sozialstaat. Das Recht auf Asyl müsse abgeschafft werden. Die im Programm dargelegte Vorstellung, welche Rechte Nicht-deutschen in der BRD verbleiben sollen, erinnern nicht nur in Einzelheiten an die Situation und den Status von „Fremdarbeitern" im Nationalsozialismus.

Traditionell autoritär-chauvinistisch bleibt das Frauen- und Familienbild des REP-Programmes. Die „Gleichmacherei von Frau und Mann" wird abgelehnt; Frau und Familie bleiben eine untrennbare Einheit, und die weibliche Berufsarbeit muß der Hauptaufgabe der Mutterschaft und damit der „Fortexistenz unserer Gesellschaft" untergeordnet bleiben.

Daß bei dieser Ideologie jeder rechtsstaatliche Gedanke problemlos der „inneren Sicherheit" geopfert werden kann, ist dabei eigentlich schon selbstverständlich. Datenschutz sei „Täterschutz", Sicherheitskräfte müssen verstärkt werden, Strafe soll alleine der Abschreckung und „Sühne" dienen.

Weitere Übereinstimmungen mit den Programmen und Forderungen anderer neofaschistischer Parteien finden sich im Programmteil Wirtschafts- und Sozialpolitik. Während das Kapitel „Wirtschafts-, Finanz- und Mittelstandspolitik" mangels Inhalt zunächst zur Überarbeitung an den Bundesvorstand zurückgegeben wurde, werden hier die Gewerkschaften und die Forderung nach Arbeiterrechten als Gegner ausgemacht. Einheitsgewerkschaften werden abgelehnt, soziale Verpflichtungen des Staates gegenüber den BürgerInnen als unmöglich abgetan. Der Bundeshaushalt soll extrem gekürzt, die Steuern gesenkt werden.

Das gesamte Programm kann den neofaschistischen Geist nur schwer verhüllen. Die Eckpfeiler dieser Ideologie

- eine völkisch rassistische Gesellschaftsvorstellung, die über eine autoritäre Familienpolitik durchgesetzt werden soll
- die Minimierung von Bürgerrechten
- der extreme Ausbau des Polizei- und Militärapparates
- die Ablehnung von Einheitsgewerkschaften
- aggressive Territorialansprüche gegenüber souveränen Staaten
- die vollständige Reduzierung „Nichtdeutscher" auf verfügbare und völlig rechtlose Arbeitskräfte, die jederzeit rausgeschmissen werden können
- die Leugnung der deutschen Verantwortung für den Faschismus und seine Verbrechen sowie
- die völlige Unterordnung der Interessen der Einzelnen unter die der Gemeinschaft

sind Kennzeichen extrem rechter Ideologie.

.... ohne dauerhafte Wirkung

Dieses Programm erlaubt denn auch keine wirksame Abgrenzung zu Programm und Tätigkeit der neofaschistischen Parteien und Organisationen in Deutschland. Und immer wieder drängt es REP-Funktionäre dazu, dem program-

DIE REPUBLIKANER
- Landesverband Nordrhein Westfalen -
- Der Landesvorsitzende -



Geschäftsstelle
Poßbergweg 61 - 63
40629 Düsseldorf
Tel. 0211/28 10 57
Fax 0211/28 10 87
Postgiroamt Dortmun
Konto-Nr. 3804 28-46
BLZ 440 100 46

Herrn
Dr. Robert Nagels
Feldmark 5

46569 Hünxe-Krudenburg

16. Aug. 1993

Lieber Robert,

Du erinnerst Dich sicher, daß wir einmal über eine aktive Gruppe sprachen, die an Aktionen unseres Verbandes teilnimmt. Ich glaube, daß es an der Zeit ist, diese Gruppe jetzt aufzubauen. Die Gruppe sollte etwa 100 Personen umfassen, die bereit sind, innerhalb einer Woche bereitzustehen, um unsere Positionen ins Volk zu tragen. Es sollten mutige und anständige Kerle sein, die eine Auseinandersetzung nötigenfalls nicht scheuen. Sie sollten aber auch gehorsam sein und unsere Vorgaben einhalten.

Wir werden ein Lager mit Fahnen, Plakaten und Transparenten einrichten, welches gegebenenfalls zum Einsatz kommt. Ich beauftrage Dich hiermit offiziell, diese Gruppe auf Landesebene bis Oktober aufzubauen und statistisch in einer Kartei zu erfassen. Du solltest mit jedem einzelnen über diese Aufgabe sprechen und Dir die persönliche Bereitschaft der Aktivisten bestätigen lassen. Diese Gruppe soll Mitte Oktober an den Externsteinen erstmals zusammenkommen und sich erklären. Es steht Dir frei, jedes aktive Parteimitglied anzusprechen und einzubinden. KVV wie Staginus oder OVV wie Willekens haben sicher Leute parat und unterstützen Dich. Dir allein traue ich zu, diese wichtige Aufgabe zu erfüllen.

Mit freundschaftlichem Gruß

Dein

UWE

matisch festgelegtem Feindbild gemäß (gewalt)tätig zu werden.

So wendet sich z.B. der nordrhein-westfälische Landesvorsitzende der Republikaner, Uwe Goller, im August 1993 mit dem Auftrag an seinen Parteifreund Robert Nagels, eine Schlägertruppe aufzubauen. Für diese Gruppe bräuchte man etwa einhundert „mutige anständige Kerle ... , die eine Auseinandersetzung notfalls nicht scheuen. Sie sollten aber auch gehorsam sein und unsere Vorgaben einhalten."

Kurze Zeit vorher wurde bekannt, daß das Kasseler Republikaner-Mitglied Waldemar Pfeffer, ein altbekannter Neonazi, schon in den 80er Jahren zumindest einen Brandanschlag auf ein von Türken bewohntes Haus verübt hatte. Für diesen war er damals auch verurteilt worden. Dies war den Landesparteifunktionären längst bekannt. Wie die medienwirksam behauptete Abgrenzung von faschistischen Gewalttäter tatsächlich aussieht, hat der Kasseler REP-Vorsitzende Karl-Heinz Eckhardt auf einer Landesvorstandssitzung 1990 treffend dokumentiert: „Ich habe mit ihm (Pfeffer) vereinbart, daß er Mitte des Jahres 1990 austritt und nach der Landtagswahl wieder eintreten kann." Im übrigen, so Eckhardt genieße Pfeffer „wegen seiner Tat ... noch heute Ansehen in der Nordstadt." Es sei vielmehr „Schade, daß die zweite Bombe (unter dem Auto eines Hausbewohners) nicht hochgegangen ist". Republikaner-Chef Schönhuber habe, so Pfeffers eigene Aussage, ihm mitgeteilt, daß er „in Kenntnis der Straftat keine Bedenken gegen den Parteieintritt (Pfeffers)" habe.

In Mülheim an der Ruhr starb am 9.3.1993 ein 56jähriger Türke an einem Herzinfarkt, nachdem zwei REP-Mitglieder ihn überfallen und mittels einer Schreckschußpistole eine Scheinexekution vorgenommen hatten. Und beim stellvertretenden Vorsitzenden des Kreisverbandes Herford, Peter Schulz, wurden bei einer Hausdurchsuchung mehrere Waffen, 500 Schuß Munition sowie Propagandamaterial der NSDAP/Auslandsorganisation sowie der verbotenen Nationalistischen Front gefunden wurden.

In München schließlich sorgte im Januar 1994 der REP-Vertreter im Bezirksausschuß 3 (Maxvorstadt), Andreas Thoben, für Wirbel, weil er dort mit einem T-Shirt mit dem Aufdruck „wg. Auschwitz. Leute, freßt Scheiße! Milliarden Fliegen können nicht irren" aufgetreten war. Das T-Shirt war später beschlagnahmt worden; Thoben selbst war nicht bereit, von der sog. „Auschwitz-Lüge" Abstand zu nehmen.

So sehr sich Schönhuber auch um ein demokratisches Image bemüht, mit diesen Leuten und diesem Programm ist auch eine offene Zusammenarbeit bis hin zu gemeinsamen Kandidaturen mit anderen neofaschistischen Organisationen in Deutschland überhaupt jederzeit möglich.

Autonome Antifa verhindert Treffen des Kieler Kreisverbandes der Republikaner

DIE REPUBLIKANER

Landesverband — Kenz
Bezirksverband — Kenz
Kreisverband — Kenz
Ortsverband — Kenz

Aufnahmeantrag

Bitte mit BLOCKSCHRIFT ausfüllen!

FB.

Name, Vorname: LEPTHIEN HANS-WERNER

Straße, Nr: Gr. Mühlenstr. 1 — Postleitzahl: 24589

Wohnort: 24589 NORTORF — Telefon: 04392 4449

geb. am: 21.04.48 — geb. in: Nortorf — Staatsangeh.: deutsch

Fam. Stand: verh. — derzeitiger Beruf: Konditor/selbstst. — ○ Arbeiter ⊗ selbst. ○ Angest. ○ Beamter

Konfession: ./. — Waren Sie Mitglied in einer anderen Partei? ⊗ ja ○ nein — wenn ja, welcher? ausgetreten am:

Monatsbeitrag DM: 10,- — Aufnahmegebühr DM: 10,- — Abbuchung ⊗ ja ○ nein

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen der Republikaner und ihrer Satzung.
Ich gehöre keiner anderen Partei an und will Mitglied werden.

Einzugserlaubnis Ich erkläre hiermit, daß mein Beitrag ○ jährlich, ○ halbjährlich, ○ vierteljährlich von meinem Konto Nr.: ______ bei der Bank/Sparkasse/Postgiro: ______ in (Ort) ______ Bankleitzahl ______ eingezogen werden kann.

Die Erklärung gilt bis auf weiteres. Ein Widerruf muß schriftlich erfolgen.
Bei unrichtigen oder unvollständigen Angaben kann die Annahme des Aufnahmeantrages angefochten werden.

Ort: Nortorf — Datum: 9.12.93

Unterschrift: Hans Werner Lepthien — Eingang BGS:

Aufnahmeantrag angenommen:

○ ja ○ nein — am: — Kreisverband
○ ja ○ nein — am: — Bezirksverband
○ ja ○ nein — am: — Landesverband

EDV
Ausw.
Mitgl.-Nr.:

weiß: Bundesgeschäftsstelle
blau: Für den Kreisverband
grün: Für den Bezirksverband
gelb: Für den Landesverband
rosa: Antragsteller

Auch dieses Papier wurde nach der eiligen Flucht der REPs gefunden

Für Sonntag, den 12. Dezember 1994 lud der Kreisverband Kiel der Republikaner zu einer Mitgliederversammlung ein, auf der die KandidatInnen für die Kommunalwahl 1994 in Schleswig-Holstein vorgestellt werden sollten. Schon im Vorfeld hatte ein Gespräch zwischen AntifaschistInnen und dem Pächter der Gaststätte stattgefunden, bei dem sich die Republikaner unter privaten Namen angemeldet hatten. Dieser hatte die Versammlung aber schon wegen räumlicher Schwierigkeiten kurzfristig abgesagt. Am Sonntag Nachmittag leitete die Kreisvorsitzende der Reps, Ingeborg Akkermann, dann -erwartungsgemäß- ihre Gäste zu einem anderen Lokal in die Kieler Innenstadt um. In diesem Lokal, dem „DAB-Krug", fanden schon des öfteren Veranstaltungen faschistischer Organisationen statt. Die Republikaner wurden jedoch auch dort von der Antifa überrascht. Kurz nachdem sie sich im Hinterzimmer versammelt hatten, betraten ca. 40 AntifaschistInnen den Raum und beendeten die Versammlung, noch bevor sie überhaupt richtig hätte beginnen können, sehr energisch. Unverrichteter Dinge mußten die Kreisrepublikaner von dannen ziehen. Die Polizei reagierte zu spät, dafür aber umso willkürlicher: Noch Stunden nach der Aktion suchten sie in der Kieler Innenstadt nach „autonom aussehenden" Menschen und nahmen wahllos Personalien auf.

Braune oder weiße Westen ??

Neue Wahllisten schießen aus dem Boden

Nach dem Wahlerfolg der Statt-Partei *in Hamburg schießen in der ganzen Bundesrepublik neue Wählergruppen aus dem Boden. Zumindest im Hamburger Umland und in Lübeck will nach den Aussagen ihres Landesvorsitzenden Hans-Ulrich Dickmann der jüngst gegründete Schleswig-Holsteiner Ableger der* STATT-Partei *antreten. In Kiel gründete sich Mitte Januar die* Stadt-Union-Kiel (S-U-K)*; sie will nach Aussage eines ihrer Initiatoren u.a. die WählerInnen faschistischer Parteien für sich gewinnen. Die Gründung des* Bundes Freier Bürger (BfB) *mit dem ehemaligen bayerischen FDP-Chef Manfred Brunner an der Spitze und der Wählerbund* Aufbruch 94 *um den früheren stellvertretenden REP-Bundesvorsitzenden Emil Schlee sind weitere Versuche aus dem bürgerlichen Spektrum, als Mitte-Rechts-Parteien (Eigenbezeichnung) organisatorisch Kontur zu gewinnen.*

Das Schlagwort „Politikverdrossenheit" ist in aller Munde. Besonders Vertreter des Bürgertums starten überall Versuche, die nachlassende Attraktivität bürgerlich-demokratischer Parlamentsrituale durch die Gründung von neuen Wahllisten auszugleichen und selbst an die Futtertröge der Macht zu gelangen. „Bürgernah" und „entideologisiert" sind die Schlagworte, mit denen dafür um Unterstützung geworben wird. In vielen Fällen verliert dabei die Abgrenzung von konservativen zu faschistischen Positionen weiter an Bedeutung.

Die Wahlvereinigungen werden in aller Regel, wie Ende 1993 bereits in Hamburg vorexerziert, Mehrheitsbeschaffer für eine kapitalfreundliche Politik des Sparkurses und der reaktionären Formierung der Gesellschaft sein. Nicht zufällig ist der ehemalige stellvertretende Vorstandsvorsitzende der B.A.T. Cigarettenfabriken, Erhard Rittershaus, in Hamburg nun Wirtschaftssenator geworden; und Bürgermeister Voscherau (SPD) mobilisiert mit seiner „Das Boot ist voll"-Phrase erneut den Nationalismus.

Aufbruch 94 ....

Unter der Bezeichnung *Aufbruch 94 - Deutscher Freier Wählerbund* firmiert seit Herbst 1993 eine neue erzreaktionäre Partei. In ihren *Zielsetzungen* vom August desselben Jahres fordert sie u.a. die Betonung nationaler Interessen, einen „starken Staat", die „Ausschaltung der immer noch einflußreichen SED-Cliquen" und „die sofortige Einziehung des SED/PDS-Vermögens" sowie eine weitgehende Aufwertung der „Ehe und Familie als Grundlage staatlicher Gemeinschaft". Mit der „Herabwürdigung deutscher Soldaten durch deutsche Meinungsmacher und Gerichte" müsse Schluß gemacht werden, die Kinder in der Schule sollten von „der Notwendigkeit einer geistig-moralischen Erneuerung" überzeugt werden. Wirtschaftspolitisch tritt die Partei für eine 4-Tage-Woche ohne Lohnausgleich ein; der fünfte Tag stehe dann für „ehrenamtliche Aufgaben" zur Verfügung. Wer die Diskussion um die Wiedereinführung von Zwangsdiensten (Stichwort: „Pflichtjahr für alle") verfolgt, kann sich vorstellen, worauf das hinausläuft.

An anderer Stelle heißt es zum organisatorischen und politischen Selbstverständnis: „Das Modell ihres strukturellen Aufbaus als reine Kandidaten- und Wahlpartei, als personelles Elite-Reservoir von ausgezeichneten Fachkräften anstatt einer Massenpartei ist bisher einzigartig in der Bundesrepublik." Zu dieser Elite zählen (sich) inzwischen die ehemaligen stellvertretenden REP-Bundesvorsitzenden Günter Poser, Emil Schlee und Johanna Grund. Die beiden letztgenannten zogen 1989 für die REP ins Europaparlament ein und unterstützen seit geraumer Zeit den Aufbau der rechtsextremen Wochenzeitung *Junge Freiheit* durch dort geschaltete ganzseitige Anzeigen. Starredner bei der ersten öffentlichen Präsentation der Partei am 31. Oktober 93 war der Reaktionär Prof. Dr. Günter Rohrmoser, einst enger Berater des früheren NS-Marinerichters und baden-württembergischen Ministerpräsidenten Hans Filbinger.

Propaganda hat die Partei demzufolge bisher auch vor allem in den diversen Rechtsblättern der Republik gemacht. In der *Jungen Freiheit* und der antisemitischen *CODE* fanden sich werbende Darstellungen; Altnazi Thies Christophersen formulierte in seiner Postille „Die Bauernschaft" gar: „Das Verbot der vielen kleinen rechten Splittergruppen wird mit Sicherheit dazu führen, daß sich in absehbarer Zeit eine neue große nationale Sammlungspartei bilden wird. Der `Deutsche Freie Wählerbund` unter dem Vorsitz von Herrn Prof. Emil Schlee, wird unter `Aufbruch 94` allen konservativen Menschen die Möglichkeit geben, sich an den Wahlen wieder zu beteiligen."

... mit elitärem Gehabe

Während die überregionalen bürgerlichen Tageszeitungen die neue Grup-



„Mitte-Rechts" - Bezugspunkt für reaktionäre und rechtsextreme Politik


BfB-Gründer Manfred Brunner

pierung bisher weitgehend ignoriert haben, berichtete die Tageszeitung *Neue Zeit* unter der Schlagzeile „Mit einem weißen Kragen in die Parlamente" recht wohlwollend über Schlee & Co. Dem flächendeckenden Aufbau von Strukturen solle in einer zweiten Phase die „Allianz der Besten" folgen, indem der *Aufbruch 94* Spitzenleuten aus Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung und Interessengruppen einen Listenplatz oder die Direktkandidatur anbietet. Die *Neue Zeit* abschließend: „Eine Farbe, mit der die Wählerbündler zu identifizieren sind, ist auch schon gefunden: `Die Weißen` wollen sie heißen, in Anlehnung an die weißen Kragen in ihren Reihen - und die weißen Westen selbstverständlich." Ob die Farbe „Schwarzbraun" angesichts der Programmatik und des Personals nicht treffender gewesen wäre?

An der Spitze des kurz vor Weihnachten 1993 gegründeten Landesverbandes Schleswig-Holstein steht Prof. Alexander von Waldow (Eckernförde). Eine Kandidatur bei den Kommunalwahlen ist zunächst nur in Eckernförde und Kaltenkirchen vorgesehen. Dort wurde Mitte Januar ein Ortsverband gegründet. Ihm steht der stellvertretende Landesvorsitzende Jürgen Jäger vor. Dieser war einer der drei Sprecher des inzwischen aufgelösten *Landesforums Schleswig-Holstein des Christlich-Konservativen Deutschlandforums (CKDF)*, also jener Formierung inner- und außerhalb der CDU, der die reaktionäre Politik der Kohl-Regierung nicht scharf genug ist und die eine Koalition mit den REP nicht grundsätzlich ablehnt. Das Potential der CKDF, von dem ein Teil sich nun an der *Deutschen Partei* orientiert, dürfte denn auch eine der wesentlichen Bezugspunkte der *Aufbruch 94*-Propaganda sein.

An dessen Gründungsversammlung in Kaltenkirchen nahm als Beobachter auch der Bundesvorsitzende der Partei *Die Mitte* (früher: *Deutsche Mitte*, vgl. ATZE Nr. 18 und Nr. 20), Martin Wood aus Pinneberg, teil. Sie wird dort zur Kommunalwahl im März antreten und denkt über eine Kooperation mit dem *Aufbruch 94* nach. Besorgt über die wachsende Konkurrenz mahnte denn auch *Die Mitte*-Aktivist Armin Falk mit Schreiben vom 16. Januar die Gründung eines Kreisverbandes in Kiel an. Nachdem das *Hotel Conti Hansa* die Nutzung von Räumen verweigert hatte, soll nun im *Hotel Reimers* in Elmschenhagen gegründet werden.

Bund freier Bürger

Ganz auf den ehemaligen bayerischen FDP-Vorsitzenden Manfred Brunner zugeschnitten ist der *Bund freier Bürger*, der zumindest an den nächsten Wahlen zum bayerischen Landtag im Oktober 94 teilnehmen will. Brunner durchlief nach seinem Parteieintritt in die FDP 1965 verschiedene Positionen in der Parteihierarchie. 1984 - 1989 war er Mitglied des FDP-Präsidiums. Nach dem Rausschmiß als Kabinettschef von EG-Kommissar Martin Bangemann und dem Austritt aus der FDP gründete er am 22. Januar 1994 in Wiesbaden den *Bund freier Bürger (BfB)*. Die Gründungsversammlung war ursprünglich in Weimar geplant gewesen; die Direktion des Hilton-Hotels hatte den Termin jedoch aus Angst vor antifaschistischen Demonstrationen abgesagt.

Brunner, der zunächst Gespräche mit der DSU geführt hatte, wird von rechts wegen seiner nationalistischen Kritik an der EG geschätzt. Er klagte beim Karlsruher Bundesverfassungsgerichtshof gegen die Maastricht-Verträge und bekam teilweise recht. In einem Interview mit dem Rechtsaußen-Kampfblatt *Junge Freiheit* sprach Brunner von einem „Vertrag gegen die Geschichte". Die Gründung einer eigenen Partei begründete er so: „Es hat sich gezeigt, daß es für die Rechtsliberalen und Konservativen Deutschlands keine vernünftige Vertretung gibt.(...) Die Menschen haben von den vorhandenen Parteien schon die Nase voll. Sie wollen ein Forum, sich zu artikulieren, spontan und nicht verkrustet."

Brunner wies gegenüber dem revanchistischen *Ostpreußenblatt* jede Kooperation mit REP oder DVU zurück; stattdessen orientiert er aber auf ein enge Zusammenarbeit mit der erzreaktionären Margret Thatcher und dem österreichischen Rechtsextremisten und FPÖ-Chef Jörg Haider. Diesen hält er für einen wichtigen Politiker, der von den übrigen Parteien Österreichs zu Unrecht kritisiert werde. Haider soll im Vorfeld der Europawahl in jedem Bundesland einmal für die Brunner-Gruppierung auftreten. Wie im September 1992 in Stuttgart werden unter den ZuhörerInnen wieder etliche FaschistInnen sein. Ob Haider bei dieser Rundreise, wie am 8. April 1992 in Hochheim-Taunus bei der Partei *Die Bürger*, auch gezielt bei faschistischen Organisationen auftreten wird und dabei die Unterstützung solcher Kreise für Brunner zu mobilisieren versucht, bleibt abzuwarten.

Brunner beklagt einen Mangel an Nationalismus in Deutschland, sieht die CDU in sozialdemokratischen Gewässern und bezeichnet sich selbst als „einwanderungsfeindlich, aber ausländerfreundlich" - eine gängige rassistische Formulierung. Damit will er denn auch „Verzahnungspunkte mit dem bürgerlichen Lager" gewinnen. Die bundesweit angepeilten 35 % der Stimmen dürften jedoch reines Wunschdenken sein.

Ohne Einfluß ist er dennoch schon jetzt nicht. Der CSU ist in Bayern neben den REP und der DSU eine weitere Konkurrenz erwachsen. Diesen soll durch eine weitere Verschärfung der rassistischen und nationalistischen Propaganda das Wasser abgegraben werden. Hierzu gehört nach Aussagen des Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Michael Glos, auch das „Überfremdungsthema", welches von der CSU im Wahlkampf besetzt werden müsse. Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber will besonders mit einer nationalistisch begründeten Kritik an der EG den REP Stimmen wegnehmen. Und CSU-Generalsekretär Erwin Huber verspricht, daß im Wahlkampf besonders die „Sicherheit der Bürger vor Gewalt und organisiertem Verbrechen" hervorgehoben wird.

Aufbruch 94

Deutscher Freier Wählerbund

- Zielsetzungen -

Die Bürger haben das Vertrauen in Politiker und Parteien verloren

Vom Ende der Bescheidenheit der Deutschen

Brandstiftende Biedermänner - Hamburgs Bürgermeister ist einer von ihnen

Nur knapp ist den REP im Herbst vergangenen Jahres der Einzug in die Hamburger Bürgerschaft mißlungen. Daß dies kein Grund zur Beruhigung sein kann, machte schon die Gesamtzahl der für die Parteien rechts der CDU abgegebenen Stimmen deutlich: über 8 %. Nun versucht sich auch der Hamburger SPD-Bürgermeister mit rassistischen Äußerungen zu profilieren.

Im Vorfeld der Bürgerschaftswahl von der Wochenzeitung „Die Zeit" nach den Wahlchancen der rechtsextremen Parteien gefragt, sagte er zu der Überlegung, daß die Aktivierung von Nationalgefühl als Problemlöser sinnvoll sei: „Davon halte ich nichts. Ich halte viel von kollektiver und individueller Bescheidenheit des deutschen Volkes und jedes Deutschen, 48 Jahre nach der Befreiung vom Nationalsozialismus".

Ein paar Wochen später war es mit der Bescheidenheit vorbei: Unter Berufung auf ein - von Voscherau abgesegnetes - Interview schlagzeilte die BILD: „Bürgermeister Voscherau fordert Zuzugssperre für Ausländer" und ergänzte drohend „In Wilhelmsburg brodelt es schon". Beifall erhielt der SPD-Bürgermeister nicht nur von der Nazi-Organisation *Nationale Liste* und den *REP*, sondern auch von der stockreaktionären Tageszeitung „Die Welt". Bewundernd stellt sie fest, daß er „öffentlich ein derart heißes Eisen" angefaßt habe, und analysiert treffend das politische Kalkül des SPD-Spitzenpolitikers: *„Die empörte Kritik aus dem linken SPD-Flügel, der fest an die Zukunft der multikulturellen Gesellschaft glaubt, die Verunsicherung der in der Hansestadt lebenden Ausländer, der demonstrative Beifall aus dem rechtsextremen Lager, die Hinweise auf die verfassungsrechtliche Problematik - Voscherau ist ein viel zu erfahrener Politiker und versierter Jurist, als daß er diese Reaktionen nicht vorausgesehen hätte. Wenn er sich dennoch zu Wort gemeldet hat, dann vor allem aus zwei Gründen - dem „Wilhelmsburg-Syndrom" und den politischen Konsequenzen daraus. Im vergangenen Bürgerschaftswahlkampf haben Voscherau die aggressiven Reaktionen bisheriger SPD-Stammwähler in diesem Stadtteil mit überdurchschnittlich hohem Ausländeranteil tief getroffen; und die daraus resultierenden Wahlergebnisse nicht minder: In einem der dortigen Stimmbezirke 20,3 Prozent für die Republikaner, vor zwei Jahren nur acht Prozent - diese Entwicklung treibt den Bürgermeister der Hansestadt insbesondere angesichts der Bundestagswahlen des nächsten Jahres um. Die öffentliche Debatte über seinen Vorschlag kommt ihm nicht nur gelegen, sondern er hat sie beabsichtigt, um den Handlungsbedarf zu verdeutlichen - auch und gerade für den neuen Senat, der gestern ins Amt gekommen ist."*

Wenn sich einige SPD-PolitikerInnen über das Vorhaben der Unionsparteien, rassistische Einstellungen im Wahlkampf zu mobilisieren, empören, so ist das notwendig und begrüßenswert. Dies würde freilich ernster genommen, wenn es nicht vor der Kritik in der eigenen Partei haltmachte. Jüngster Fall: Der SPD-Landtagsabgeordnete Klaus-Peter Puls wirft dem CDU-Oppositionsführer im schleswig-holsteinischen Landtag, Ottfried Hennig, vor, er blase allzuoft ins extrem rechte Horn - gemeint war u.a. das Bekenntnis Hennigs, er sei mit einem wichtigen Termin um die Teilnahme an der Kieler Demonstration (nach den Solinger Morden) herumgekommen. Seine Schlußfolgerung: „Auch Biedermänner können Brandstifter sein - ob sie nun Hennig heißen oder Heitmann". Oder Voscherau, ließe sich hinzufügen.

Bürgermeister Voscherau fordert Zuzugssperre für Ausländer

In Wilhelmsburg brodelt es schon

Von HARALD PRÄDEL und BERND PRAWITZ

Hamburgs Bürgermeister Dr. Henning Voscherau (52, SPD) fordert eine Grundgesetz-Änderung, die es Städten erlaubt, Zuzugssperren anzuordnen: „Wenn in einem Stadtteil 50 Prozent und mehr Ausländer leben, muß es möglich sein zu sagen, jetzt ist Schluß." So will er die Entstehung von Gettos verhindern, gefährdete Stadtteile schützen.

Beispiel Hamburg-Wilhelmsburg. Insel in der Stadt. 3500 Hektar Land zwischen den Armen der Süder- und Norderelbe. Für die meisten Durchgangsstation: Industrie, Beton-Silos in Kirchdorf-Süd, der Müllberg von Georgswerder. Für 46 800 Menschen, darunter 13 622 Ausländer, aber auch Heimat: Schlichter roter Backstein. 81 Prozent Sozialwohnungen. Viele Türken-Läden. Die Geamtschule ein Kosmos: 800 Kinder, 22 Nationalitäten. In mancher Klasse mehr Ausländer als deutsche Kinder. Müll und oft Randale auf den Straßen. Steigende Kriminalität. „In Wilhelmsburg brodelt es", sagt Polizei-Revierleiter Claus Clausen.

Wilhelmsburg - ein Stadtteil am Tropf des Sozialamts. Jeder vierte hier lebt von der Stütze. „Manche Ausländer fahren trotzdem ein neues, dickes Auto. Die kassieren nur ab. Eine Zuzugssperre wäre gut", sagt ein Feuerwehrmann.

„Die Lebensbedingungen verschlechtern sich immer mehr", sagt Orsamtsleiterin Heike Severin (49). Laufend kommen neue Problemfälle hinzu: Drogen-Dealer, Ex-Häftlinge - Menschen, denen normales Wohnverhalten fremd ist. Bürgermeister Voscherau: „In Wilhelmsburg ist das Boot voll."

...und das sagen Bürger

Bild-Hamburg, 14.12.1993

Prozesse gegen AntifaschistInnen

Strafverfahren gegen Gewerkschafter

Am 1.5.1993, am Tag vor dem sechzigsten Jahrestag der Zerschlagung der Gewerkschaften durch die Nazis, führte die neofaschistische FAP in Berlin-Lichtenberg einen Aufzug durch. Als dies auf der DGB-Kundgebung bekannt wurde, zogen spontan etwa dreißig GewerkschafterInnen dorthin, um dagegen zu protestieren. Die Polizei, die nach eigenen Aussagen zum Schutz der FAP anwesend war, ging wie üblich gegen die AntifaschistInnen vor. Um der FAP den Weg frei zu machen, nahm sie mehrere DemonstrantInnen fest; unter anderem auch Hans Köbrich, aktiver Metaller und Betriebsratsmitglied bei BMW. Die festnehmenden Beamten sagten aus, die gewerkschaftlichen GegendemonstrantInnen hätten versucht, sich dem Aufmarsch der FAP in den Weg zu stellen. Hans Köbrich soll sich dabei als „Rädelsführer“ hervorgetan und die Menge aufgeheizt haben, indem er Parolen wie „Nie wieder Krieg“ und „Deutsche Polizisten schützen die Faschisten“ gerufen haben soll. Seiner Festnahme versuchte er sich angeblich zu entziehen, indem er mit einer IGM-Fahne auf die Polizisten einschlug. Was eigentlich der konkrete Anlass für seine Festnahme war, wurde ihm nicht mitgeteilt. Im Nachhinein konstruierte die Staatsanwaltschaft eine Anklage wegen „Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte in besonders schwerem Fall“ und „versuchter Körperverletzung“. Im Falle einer Verurteilung erwartet Hans Köbrich ein Strafmaß von mindestens sechs Monaten. Offensichtlich soll mit diesem Strafverfahren einmal mehr versucht werden, neofaschistische Umtriebe und den Protest dagegen gleichzusetzen. Anders ist es nicht zu erklären, daß die Anklage gegen Hans Köbrich beim Landgericht Berlin durch die Abteilung 81 der Staatsanwaltschaft vertreten wird. Es handelt sich hierbei um eine politische Abteilung, deren Aufgabe eigentlich darin liegt, Gruppengewaltdelikte aus dem rechten Spektrum zu verfolgen. Hans Köbrich soll ein politischer Prozeß gemacht werden. Dieses Strafverfahren zeigt, daß nunmehr auch der antifaschistische, gewerkschaftliche Widerstand ins Visier genommen wird. Dies bestätigte dann auch der erste Prozeßtag am 15.12.1993. Schon im Vorfeld wurde versucht, die Öffentlichkeit auszuschließen. So verbreitete die Justizpressestelle, daß der Termin abgesagt sei. Trotzdem erschienen ca. 80 AntifaschistInnen und GewerkschafterInnen zu einer Kundgebung vor Prozeßbeginn. Eine Teilnahme am Prozeß selbst wurde aber nur einem kleinen Teil gestattet - der Mehrheit wurde von den Saalwachtmeistern der Zutritt verwehrt, da der Gerichtssaal nicht ausreichend Plätze bot. Die vorsitzende Richterin weigerte sich, in einen größeren Raum umzuziehen, da die „Öffentlichkeit“ auch bei 25 Plätzen ausreichend zugegen sei. Trotz dieses „normalen Strafprozesses“ wurde der Antrag der Verteidigung , den anwesenden Staatsanwalt der Abteilung 81 wegen Nichtzuständigkeit auszuschliessen, abgelehnt. Der Staatsanwalt selbst sah die Zuständigkeit natürlich gegeben und betonte, daß auch eine Erweiterung der Anklage denkbar sei - man brauche die Fahnenstange nur als potentielle Waffe anzusehen... Letztlich wurde der Prozeß auf den 24.2.1994 vertagt, da der Hauptbelastungszeuge - der Polizist, der behauptet, mit einer IGM-Fahne angegriffen worden zu sein - nicht zum Termin erschien. Breite Öffentlichkeit für den Prozeß und weitere Unterstützung für Hans Köbrich sind notwendig. Dies gilt nicht nur im Hinblick auf das Strafmaß, das ihn erwartet, sondern auch im Hinblick auf die fortschreitende Kriminalisierung von AntifaschistInnen. Bis jetzt sind schon viele Protestschreiben aus dem In- und Ausland, mit der Forderung nach Einstellung des Verfahrens gegen Hans Köbrich, bei der Staatsanwaltschaft eingegangen. Unterstützt Hans Köbrich und protestiert bei der Staatsanwaltschaft gegen die Anklage; fordert die sofortige Einstellung des Verfahrens. Schickt die Protestbriefe unter Nennung des Aktenzeichens Az: 258 Ds 556-93 an das Amtsgericht Tiergarten, Turmstraße 21, 10559 Berlin.

Da wir das gesamte Verfahren dokumentieren, benötigen auch wir Eure Protestbriefe. Schickt sie bitte auch an die RAG Redaktion , c/o DGB-Jugendzentrum, Brunnenstraße 125-127, 13355 Berlin.

GewerkschafterInnen gegen Rassismus und Faschismus, Berlin



Berlin: Aktionsschwerpunkt der FAP - in der Mitte Parteiführer Busse, mit Fahne Arndt-Heinz Marx (1. Mai 1992)

Bewährungsstrafe für Rendsburger Antifaschist

Der Rendsburger Antifaschist Matthias ist am 21.1.94 zu einer Freiheitsstrafe von sieben Monaten auf 4 (in Worten: vier) Jahre Bewährung in der Berufungsverhandlung vor dem Kieler Landgericht verurteilt worden. Der Berufungsverhandlung war das skandalöse Urteil des Rendsburger Schöffengerichtes vom 22.10.92 vorausgegangen, in dem Matthias sogar zu einer Freiheitsstrafe von sieben Monaten ohne Bewährung abgeurteilt worden war, und zwar mit der Begründung, daß es sich bei Matthias um „politischen Fanatismus" (Zitat Richterin Gerhardt) handele.

Matthias war wegen einer Körperverletzung an einem Büdelsdorfer Faschisten angeklagt. Zur Vorgeschichte: Anläßlich des Jahrestages der „Deutschen Einheit" am 3.10.91 versammelte sich eine Horde von Neonazis vor dem Büdelsdorfer Jugendzentrum (JZ), wo sie mit Reichskriegsflagge und Naziparolen Jugendliche des JZs provozierten. Dieser 3.10.91 stand unmittelbar nach dem rassistischen Pogrom in Hoyerswerda ganz im Zeichen einer ersten großangelegten Welle rassistischer Mordanschläge, welche u.a. einen brutalen Anschlag auf ein Büdelsdorfer Flüchtlingsheim am 30.9.91 mit einem verletztem Kind zur Folge hatte. Zudem war in den Wochen vor diesem 3.10. der Naziterror in Rendsburg und Umgebung (heute erschreckenderweise schon zum Alltag geworden) durch eine Vergewaltigung und Angriffe gegen AusländerInnen und Linke erstmals massiv für viele spürbar geworden. In diesem Klima zunehmenden rassistischen Terrors wollten die Urheber dieses Terrors vor dem JZ in Büdelsdorf feiern. Angesichts dieser akuten Bedrohung riefen Jugendliche aus dem JZ telefonisch um Hilfe. Unter den zur Hilfe Gerufenen befand sich auch Matthias. Bei einer sich entwickelnden Auseinandersetzung trug ein Faschist Prellungen davon. Unmittelbar nach der Auseinandersetzung wurde Matthias von zwei Zivilpolizisten festgenommen.

Aufgrund dieser Geschehnisse ist Anklage erhoben und ein Jahr später der Prozeß eröffnet worden, bei dem es zu dem skandalösen Urteil von sieben Monaten ohne Bewährung gegen den nicht vorbestraften Antifaschisten kam.

Erfreulicherweise muß Matthias nach dem Berufungsurteil nun nicht in den Knast. Empörend ist trotzalledem die Höhe der Bewährungszeit, die nicht einmal an die schon verstrichene Zeit angerechnet wird. Zudem muß Matthias die Prozeßkosten beider Prozesse tragen, dem Faschisten Schmerzensgeld, den Krankenhausaufenthalt und einem der Polizisten (wegen einem Splitter in der Hand !) ebenfalls Schmerzensgeld zahlen, dazu kommt noch eine Spende von 1000,- an den „Verein der Opfer von Gewaltverbrechen", zu der Matthias ebenfalls verurteilt wurde.

Damit liegen die Kosten der beiden Prozesse für Matthias bei mindestens 6000,- !

Angesichts der Tatsache, daß rassistische Mördertrupps seit nunmehr drei Jahren einen zügellosen Terror nicht nur in RD und Umgebung entfachen und der Justizapparat sich erst jetzt (siehe Artikel zum Borgstedt-Prozeß) gezwungen sieht, zu handeln, hat dieses Urteil deutliche Signalwirkung: faschistischer Terror wird so lange wie möglich geduldet, legitime antifaschistische Gegenwehr dagegen wird kriminalisiert, um Widerstand schon im Keim zu ersticken. Ohne uns!

(Quelle: Gegengift 1/94, div. Flugblätter)

Spendet für Matthias !
Spendenkonto Prozeßkosten
Kontonr.: 73046714
BLZ: 21430070
Vereins-und Westbank Rendsburg
Stichwort: Matthias

Pinneberg - Antifaschisten angeklagt

Sechs türkische Jugendliche werden vor dem Amtsgericht Pinneberg wegen Landfriedensbruch, gefährlicher Körperverletzung und Sachbeschädigung angeklagt

Am Mittwochabend des 2. Dezember 1993, einige Tage nach den rassistischen Morden in Mölln, haben sich ca. 30 - 40 türkische und deutsche Jugendliche vor der Bundesgeschäftsstelle der Faschistenpartei FAP (Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei) in Halstenbek bei Hamburg versammelt. An diesem Abend sollte eine Versammlung der Nazis dort stattfinden. Es kam zu einer Auseinandersetzung zwischen den Neonazis und den Jugendlichen. Aus dem Gebäude der FAP wurde mit Gaspistolen geschossen. Es wurden 4 FAP Mitglieder, die vor dem Haus als Wachen postiert waren, verprügelt, einer von ihnen wurde durch mehrere Messerstiche verletzt und ein Auto der Nazis schrottreif gemacht. Die Pinneberger Kripo bildete sofort eine Sonderkomission, um gegen in Hamburg lebende MigrantInnen wegen versuchten Mordes und schwerer Körperverletzung zu ermitteln.

Die Polizei und die Staatsanwaltschaft meint nun sechs türkische Jugendliche als „Täter" bestrafen zu können. Dafür wollen die Nazis mit ihrem Anwalt Jürgen Rieger in der Nebenklage ebenfalls sorgen, und im Prozeß faschistische Propaganda betreiben. Als Zeugen sind auch Faschisten der FAP geladen.

Polizeieinsatz bei Prozeßbeginn

Unter Protest von ca. 150 AntifaschistInnen (MigrantInnen, Flüchtlingen und Deutsche) hat am 18. Januar das Strafverfahren vor dem Jugendschöffengericht begonnen. Der 1. Prozeßtag war von einem massiven Einsatz der Polizei in voller Kampfausrüstung inner- und außerhalb des Gerichtsgebäudes begleitet. Kampfhunde wurden zum Einsatz bereitgehalten. Der Hamburger Staatsschutz war ebenfalls da. Dieses Mal waren auch die Medien gut vertreten. Beim Einlass wurden von allen, einschließlich den AnwältInnen und den Angeklagten, die Personalien kontrolliert, Taschen, Kleidung und Körper durchsucht. Hereingelassen wurde nur, wer eine von 50 vergebenen Karten erhalten hatte. Den übrigen UnterstützerInnen wurde der Zutritt ins Gebäude verweigert. Als Begründung nannte der Richter, daß ihm bereits Tage vorher das Infoblatt der AntifaschistInnen sowie ihre Presseerklärung vorgelegen hätte, und er sich auf deren Erscheinen vorbereitet habe.

Als der Nazi Rieger unter Polizeischutz

auftauchte und Proteste laut wurden, nahm die Polizei das zum Anlaß, auf die AntifaschistInnen einzuschlagen und die Hunde auf sie zu hetzen. Ein Antifaschist wurde gebissen, andere mit Schlagstöcken verletzt und einer ist festgenommen worden. Wieder einmal hat die deutsche Polizei die Aussage -"Deutsche Polizisten schützen die Faschisten"- eindrucksvoll bestätigt. Als die UnterstützerInnen aus dem Gerichtssaal dies sahen, protestierten sie mit Klopfen gegen die Fensterscheiben (Zu dieser Zeit hatte der Prozeß noch gar nicht begonnen). Die Polizei griff auch hier ein, versuchte, Antifas festzunehmen, und schlug mit Knüppeln auf einen Angeklagten und einen Unterstützer ein, die schlichtend wirken wollten. Andere wurden aus dem Gerichtssaal mit Würgegriffen herausgezerrt. In dem Zuschauerbereich wurden die Stühle durcheinander- und umgeschmissen, Filmaufnahmen durch die Polizei gemacht.

Die Angeklagten haben sich geweigert, dem Gericht ihre Personalien mitzuteilen, solange der Nazi Rieger sich im Raum befindet. Das Gericht erkannte, daß die Sache „in den letzten zehn Tagen einen anderen Charakter angenommen hat" und sie den Prozeß nicht in Ruhe und Verschwiegenheit veranstalten können. Aus diesem Grund wurden die RechtsanwältInnen auf ihren Antrag hin als Pflichtverteidiger-Innen beigeordnet.

Die Staatsanwaltschaft sieht in dem Verhalten der Jugendlichen den Frieden in diesem Land gebrochen und klagt u.a. wegen Landfriedensbruch an. Es ist ein unverschämter Zynismus des Staates von Landesfrieden zu reden und anzuklagen. Einen solchen Frieden hat es in diesem Land für uns MigrantInnen und Flüchtlinge nie gegeben. Was ist das für ein Landesfrieden, wenn Flüchtligsheime angezündet, Menschen verbrannt, auf offener Straße erstochen, Flüchtlinge unter Beifall von deutschen Nachbarn und der Duldung der Polizei terrorisiert werden?



FAP-Aufmarsch vom 1. 5. 93 in Berlin-Lichtenberg

Nazi-Anwalt Rieger immer noch dabei

Unter Protest von ca. 100 AntifaschistInnen (MigrantInnen, Flüchtlingen und Deutsche) hat sich das Amtsgericht Pinneberg am 2. Prozeßtag geweigert, das Verfahren wegen Geringfügigkeit einzustellen. Durch eine Einstellung sollte rassistische Propaganda des Nazis Rieger verhindert und die Kriminalisierung der Jugendlichen beendet werden. Das wäre auch nötig gewesen; Rieger in Wortlaut: „Im Vergleich zu den 17 Toten Ausländern in 1992 wurden über 600 Deutsche im gleichen Jahr von Ausländern getötet". Seine Äußerungen bezogen sich auf die Ermordung von MigrantInnen, Flüchtlinge und AntifaschistInnen in dem Jahr und konkret auf die Morde in Mölln. Anstatt gegen Rieger vorzugehen, ließ der Richter die protestierenden ZuhörerInnen rausschmeißen. Wie auch in einer anderen Situation, wo ZuhörerInnen gegen Äußerungen Riegers protestierten, wurden einzelne von der Polizei im Gerichtssaal und im Vorraum zu Boden geworfen, getreten, ins Gesicht geschlagen und mit dem Kopf gegen eine Glaswand geworfen.

Einen Antrag der Verteidigung, Rieger von der Nebenklage auszuschließen, weil keinem der Angeklagten Körperverletzung zugerechnet werden kann, lehnte das Gericht ab. Über die sofortige Beschwerde dagegen soll nun das Landgericht Itzehoe entscheiden. Das Verfahren wurde trotz Geringfügigkeit und einem Verfahrenshindernis aus der Sicht der Verteidigung nicht eingestellt. Ein Verfahrenshindernis sehen die AnwältInnen, da bereits ein Tag nach dem ersten Prozeßtag das „Nationale Telefon" (Infotelefon der Nazis) über den Prozeß Ansagen durchführte, und wegen des rechten Terrors (insb. Anti-Antifa der Nazis) die Angeklagten gefährdet sind, nicht frei reden können und so die Wahrnehmung ihres Rechts auf gerichtliches Gehör erheblich beeinträchtigt ist. Dies nicht zuletzt durch die Anwesenheit Riegers, der Daten der Angeklagten an die FAP und andere Nazistrukturen weiterleiten kann.

Die Angeklagten hielten trotzdem eine gemeinsame Prozeßerklärung. Sie lehnten die Beschuldigungen ab, und wiesen darauf hin, daß es seit Jahren schon, zumindest für eine Bevölkerungsgruppe, die schwarze Haare, schwarze Haut oder asiatisches Aussehen habt, keinen Frieden mehr in diesem Land gibt. Ganz besonders in den letzten vier Jahren könne das wohl keiner mehr verleugnen, so die Angeklagten, und fuhren fort, daß rassistische Hetze und Angriffe dazu geführt haben, das AusländerInnen terrorisiert werden. „Wir müssen um unser Leben fürchten", so die Jugendlichen. Sie wiesen auf fast 2000 Angriffe von Nazis an AusländerInnen im Jahr 1992 hin. „Diese rassistischen Umstände haben dazu geführt, daß 40 Menschen ermordet wurden. Daher erscheint uns die Anklage, Landesfriedensbruch begangen zu haben, zynisch." Sie beschuldigten die rassistischen Parteien und in diesem Zusammenhang die FAP, mit ihrer rassistischen Politik und Hetze für die Diskriminierung, für die Angriffe und Morde auf AusländerIn und Anti-FaschistInnen mitverantwortlich zu sein. „Hoyerswerda, Rostock, Mölln, Solingen und viele weitere Orte in Deutschland sind ein wesentlicher Bestandteil unserer Geschichte hier in Deutschland geworden."

Ziel der Solidaritätsarbeit ist neben der Einstellung des ganzen Verfahrens, daß Rieger von der Nebenklage ausgeschlossen wird. Vereinigungen von demokratischen JuristInnen sind aufgefordert, sich für den Entzug der Zulassung Riegers zum Rechtsanwalt durch die Anwaltskammer Hamburg einzusetzen. Ein solcher Mensch, der den Holocaust an den JüdInnen öffentlich als eine Lüge bezeichnet, und meint daß „das Leben der MigrantInnen und Flüchtlinge in Deutschland so unangenehm wie möglich gemacht" werden müsse, hat schon zu lange als „Organ der Rechtspflege" gearbeitet.

Für die Prozesse wird finanzielle Unterstützung benötigt: Hamburger Sparkasse; Konto: 1251/120901 Bankleitzahl: 200 505 50; Stichwort: Volkshaus

Fünf Berliner AntifaschistInnen unter Mordvorwurf im Knast

Im November nahm die Berliner Polizei nach und nach fünf Berliner AntifaschistInnen in Haft. Ihnen wurde Beteiligung an der Tötung des seinerzeitigen Berliner Schriftleiters der faschistischen Partei „Deutsche Liga für Volk und Heimat" (DL), Gerhardt Kaindl, zur Last gelegt.

Kaindl wurde, als er sich am 03.04.92 in einem China-Lokal am Kottbusser Damm zusammen mit seinen faschistischen Kumpanen Carsten Pagel (Ex-"Junge Union", Ex"Republikaner"), Thorsten Thaler (Mitbegründer der DL) und Rudolf Kenzia (Ex-NPD, Ex-Rep) traf, im Laufe eines Handgemenges mit 6-8 Antifas durch Messerstiche schwer verletzt und starb kurz darauf.

Zwei Tage später wurde vom Staatsschutz eine 20-köpfige Sonderkomission gebildet und eine Belohnung von 10.000 DM ausgesetzt. Von Anfang an vermutete der Staatsschutz die TäterInnen in „türkischen oder arabischen Kreisen".

Nach verstärkter Observationstätigkeit gegen vor allem ausländische Jugendliche, kam es im Mai 1992 in Berlin zu 10 Hausdurchsuchungen bei türkischen und kurdischen Menschen.

Den jetzt erfolgten Festnahmen im November 1993 ging offenkundig eine geheime Zusammenarbeit von Staatsschutzbullen und den betroffenen Faschisten der DL (siehe Kasten) voraus.

Informationen aus dem Bullenapparat finden sich in der faschistischen Presse wieder. In der „Deutschen Rundschau", Nr. 10/92, der Parteizeitung der „Deutschen Liga", tauchen „Namen und Anschrift der türkischen Mörder" auf. In einem Hetzartikel werden die Fotos mehrerer Personen veröffentlicht, die angeblich an der Aktion beteiligt gewesen sein sollen. Hierzu teilen die Faschisten mit, daß „sämtliche acht Täter ermittelt seien" und der Gruppe „Antifasist Genclik" angehören würden.

Weiterhin wird aber noch weiter gegen mindestens 10 AntifaschistInnen in dieser Sache mit Haftbefehlen gefahndet. Die Bullen führen auch weiterhin Hausdurchsuchungen durch, laden Leute zum polizeilichen Staatsschutz vor und versuchen, andere Personen anzuquatschen und zu Aussagen zu bewegen, indem sie mit Fotomappen bewaffnet durch Kreuzberger Kneipen ziehen.

Der Staatsschutz fährt schweres Geschütz auf: die Vorwürfe lauten auf Mord, Mordversuch und Körperverletzung. Die Ermittlungsbehörden berufen sich auf Aussagen eines angeblich Tatbeteiligen, desen Identität von den Behörden bislang geheimgehalten wird.

Der Staatsschutz ermittelte von Anfang an nur in eine Richtung. Im Zentrum der Begierde steht der militante antifaschistische Widerstand in Berlin und hierbei insbesondere türkisch-kurdische Jugendliche.

Der Statsschutz will den antifaschistischen Widerstand zerschlagen

Mit der Festnahme der türkischen und kurdischen Menschen soll eine Gruppe getroffen werden, die dem Staatsschutz schon lange ein Dorn im Auge ist. Antifaschistische Jugendgruppen haben ihre Verankerung unter ausländischen Jugendlichen bereits des öfteren bewiesen. Sie haben immer das legitime Recht auf Selbstverteidigung vetreten. Die GenossInnen traten öffentlich gegen Rassismus und Faschismus auf und sind daher besonders angreifbar. Durch ihre Arbeit haben sie mit dazu beigetragen, daß sich in Berlin in den letzten Jahren eine breite Antifa-Bewegung gebildet hat.

Die Methode ist bekannt: Eingeknastet und verfolgt werden einige vermeintliche „Rädelsführer", genannt wird eine Gruppe, gezielt auf Strukturen - und gemeint sind wir alle!

Erzeugt wird ein Klima der Einschüchterung und Bedrohung, das gemeinsames politisches Handeln verhindern soll. Hierzu passen Pressemitteilungen über die Ausdehnung der Ermittlungen. Durch die Androhung weiterer Verhaftungen fühlen sich viele bedroht. Diese Drohung zielt nicht zuletzt auf jene antifaschistischen GenossInnen, die auch jetzt noch öffentliche antifaschistische Arbeit leisten. Damit soll aus Sicht des Staatsschutzes zugleich jeder Ansatz von Solidaritätsarbeit durch GenossInnen unterbunden werden, die mit den Betroffenen persönlich oder politisch eng verbunden sind.

Spaltung und Entsolidarisierung sind ein weiteres Mittel des Staatsschutzes. Nicht zufällig dient eine Aktion als Vorwand für die Kriminalisierung, die in der linken Szene nicht unumstritten gewesen ist. Der Staatsschutz strebt an, über die Ausnutzung inhaltlicher Differenzen in der Linken auch eine gemeinsame Solidaritätsarbeit zu verhindern. Ergebnis wäre die Spaltung in „gute" und „böse" AntifaschistInnen. Das meint nicht nur eine Spaltung zwischen „Militanten" und „Reformisten", sondern auch z.B. die zwischen deutschen und ausländischen AntifaschistInnen.

Im Rahmen dieser Kriminalisierungskampagne zeigten sich immer wieder größere Probleme in der Frage der Aussageverweigerung, also bei Bullen und Justiz die Klappe zu halten. Einer der festgenommen Antifas hat - nur soviel ist sicher - Aussagen gemacht. Die Umstände, wie es dazu gekommen ist, müssen allerdings erst noch aufgeklärt werden. Fest steht jedoch, daß diese Person im Knast verdroschen worden ist und später auf die psychiatrische Abteilung nach Tegel verlegt wurde.

Organisieren wir gemeinsam die Solidarität!

Es gilt, diesem Angriff eine offensive und lang angelegte Solidaritätskampagne entgegenzusetzen. Jetzt kann nicht der Moment sein, um inhaltliche Unterschiede in den Vordergrund zu rücken. Jetzt müssen die notwendigen gemeinsamen Strukturen zur Unterstützung der kriminalisierten GenossInnen geschaffen werden. Ein erster Schritt dafür war die breite Mobilisierung zu den Knastkundgebungen in Plötzensee und Moabit am 5.12.93 gewesen, an denen sich ca. 1500 Leute beteiligt en. Die OG Berlin der Roten Hilfe hat neben anderen ein eigenes Flugblatt hierzu herausgegeben. Inzwischen hat sich aber auch ein Kreis von Gruppen und einzelnen GenossInnen gebildet, der die einsitzenden Antifas politisch unterstützen will. Allein für VerteidigerInnentätigkeit wird mit Kosten von 50.000 DM gerechnet, an dieser Stelle daher der Aufruf auch an alle AntifaschistInnen außerhalb Berlins Spendensammlungen, Solidaritätskonzerte, Infoveranstaltungen zu organisieren und auf das o.a. Konto der Ortsgruppe Berlin zu spenden!

Rote Hilfe OG Berlin/ Rote Hilfe 1/94

Ermittlungsergebnisse des Berliner Staatsschutzes an die DEUTSCHE LIGA (DL) weitergegeben!

Bereits ein halbes Jahr nach dem Tod des DL-Funktionärs Gerhard Kaindl berichtete die Zeitung der Deutschen Liga, *Deutsche Rundschau*, daß die Polizei die Täter ermittelt habe und alle acht Namen der Tatverdächtigen bekannt seien. Der Artikel endete mit der offenen Drohung: „Wir kriegen euch alle !"

Im November 1992 berichtete auch die Nazi-Zeitschrift *Nation und Europa*, daß „die Täter mit Namen und Anschrift bekannt" seien. Desweiteren erwähnt das ehemalige DL-Vorstandsmitglied Rudolf Kendzian in diesem Artikel, daß es Differenzen zwischen Justiz und Polizei in dieser Frage geben würde.

Karl-Heinz Panteleit, Mitglied der DL und Vorsitzender der Nazi-Kaderschmiede Hoffmann von Fallersleben Bildungswerk, ging sogar so weit, die ermittelnde Staatsanwältin wegen Strafvereitelung anzuzeigen.

Mittlerweile ist bekannt, daß dem ehemaligen DL-Mitglied Thorsten Thaler bei einem Verhör durch den Berliner Staatsschutz Namen und andere persönliche Daten der Beschuldigten übermittelt wurden. Bisher weigern sich die Behörden, die Zusammenarbeit zwischen der faschistischen Organisation Deutsche Liga und dem Berliner Staatsschutz aufzuklären oder auch nur Ermittlungen in diese Richtung anzustellen.

„Der Feind steht immer Links !"
Staatliche Verfolgung von AntifaschistInnen

Entgegen offizieller Propaganda und trotz allem - in KerzenhalterInnenmentalität - geheucheltem Antifaschismus, nimmt die Kriminalisierung und Verfolgung von AntifaschistInnen verschärft zu. Sowohl die angeklagten Straftatbestände als auch die letztendlich gegen GenossInnen verhängten Strafmaße werden immer heftiger.

Solidarität ist eine Waffe - Öffentlichkeitsarbeit auch !

Bitte schickt uns „Eure" Infos, wir können leider nicht überall sein !

Rote Hilfe - Zeitung
Stichwort „Repression"
Postfach 6444
24125 KIEL
Tel./Fax : 0431 - 75141

Es gibt 100 Kaindls

Ein Kommentar

Polizei und Staatsschutz nutzen die Ermittlungen im Falle Gerhard Kaindl zu einem Angriff gegen große Teile der antifaschistischen Szene in Berlin. Was es den Staatsschutzkräften besonders einfach macht anhand des Todes des Faschistenfunktionärs massiv in linksradikale Strukturen einzudringen, ist vor allem die Weigerung der Szene, sich mit dem Ereignis und seinen politischen Konsequenzen tatsächlich auseinanderzusetzen. Dabei gilt es, zwei Ebenen zu unterscheiden: die Beurteilung des konkreten Falles einerseits und einige der durch ihn aufgeworfenen grundsätzlichen Fragen andererseits.

I.

Bisher liegen über den Vorfall keine genauen Angaben vor und es ist auch sicherlich nicht Aufgabe der AntifaschistInnen, vor dem Prozeß öffentlich die Aufklärung der Geschehnisse zu betreiben.

Unübersehbar ist inzwischen, daß es bisher kein einheitliches Vorgehen der Inhaftierten gibt; sicher scheint auch, daß es - unter dringend zu klärenden Umständen - zu Aussagen gekommen ist, die andere belasten. Und: die Solidaritätsarbeit ist bislang nicht ernsthaft über die linksradikale Szene hinaus gelangt. Dies muß kritisch diskutiert werden.

In den uns bislang vorliegenden Solidaritätsbekundungen wird der Tod Kaindls entweder nicht näher kommentiert, als „umstritten" dargestellt oder mit der lapidaren Aussage abgehakt, daß bei dem Treiben der Faschisten schon mal einer auf der Strecke bleiben kann, und es ja schließlich die Faschisten waren, die die Gewaltspirale hochgetrieben haben.

Diese politisch ungenaue Art des Umgangs erleichtert es Staatsanwaltschaft und Staatsschutz, die Inhaftierten und zur Fahndung ausgeschriebenen AntifaschistInnen zu isolieren. So richtig es ist, in der Solidaritätsarbeit die mörderische Tätigkeit der Faschisten und den verbreiteten Rassismus in diesem Land zu betonen sowie die Zusammenarbeit von Staatsschutz und faschistischen Organisationen zu denunzieren, so wichtig wäre eine deutliche Kritik an der Behauptung, bei dem Tod Kaindls handele es sich um Mord.

II.

Mit dem Begriff Mord verbindet sich in der allgemein verbreiteten Sichtweise wie im strafrechtlichen Sinne die Tötung eines Menschen aufgrund verwerflicher Motive oder auf besonders brutale Art und Weise.



Eine solche Tötung wird wegen ihrer besonderen Qualität mit höherer Strafe als „normaler" Totschlag bestraft.

Selbst die wenigen über den Tod Kaindls bekanntgewordenen Tatsachen schließen eine Klassifizierung als Mord aus. Diese Sichtweise muß auch Bestandteil der Solidaritätsarbeit werden; sonst wird - bei aller Kritik dieser Aktion - all zu leicht in Kauf genommen, daß sie mit Morden wie in Solingen auf eine Stufe gestellt werden können.

Daß diese Unterscheidung bisher in den antifaschistischen Stellungnahmen keine Rolle spielt, verdeutlicht eine wachsende Unsicherheit - oder schärfer: Beliebigkeit - bei der Bewertung des Einsatzes von Gewalt in politischen Auseinandersetzungen.

III.

Als im Oktober 1987 ein Brandanschlag auf den in Schleswig-Holstein tätigen Nazi Roland Bohlinger abgebrochen wurde, weil er zum Tod des Faschisten geführt hätte, enthielt die hierzu veröffentlichte Erklärung immerhin Anhaltspunkte für denkbare politische Kriterien. Dort wurde die Tötung von Menschen aus politischen Gründen von drei Bedingungen abhängig gemacht. Ihre konkrete Prüfung ist nützlich, um in dieser Frage wieder solideren Grund unter den Füßen zu kriegen.

1. *„Von der politischen Notwendigkeit: von der objektiven Funktion in ihrem logistischen Aufbau, von der persönlichen Rolle in ihrer organisatorischen Struktur, von der Planung ihrer faschistischen Überfälle". Kaindl war zunächst REP-Mitglied und nach seinem Wechsel zur* Deutschen Liga für Volk und Heimat *deren Landesschriftführer in Berlin. Er war also nicht irgendwer in der Berliner Nazi-Szene. Dennoch ist weder dies noch seine konkrete Tätigkeit ausreichender Grund für seinen Tod. Niemand vertritt ernsthaft, daß gerade Kaindl ein unersetzbarer Kader für die faschistischen Organisationen gewesen ist. Selbst Michael Kühnen war dies nicht. Mit einem Satz: Es gibt 100 Kaindls; sein Tod bedeutet für die faschistischen Hetzer und Brandstifter in diesem Land keinen schweren Verlust.*
2. *„Vom politischen Nutzen für die Entwicklung antifaschistischen Bewußtseins, für die Entwicklung militanter Praxis, für die Einheit des antiimperialistischen Widerstandes". In diesem Fall liegt die Beurteilung auf der Hand: ein politischer Nutzen für die antifaschistische Bewegung ist nicht erkennbar. Weder hat die Tötung Kaindls politisches Bewußtsein über das Treiben und die Verbrechen der FaschistInnen geschaffen, das nicht auch anders herzustellen gewesen wäre, noch hätte sich darum eine qualifizierte Debatte um antifaschistische Kampfformen und - perspektiven entwikkelt. Die Möglichkeiten und die politische Wirkung antifaschistischer Aktivitäten sind durch den Tod Kaindls jedenfalls nicht besser geworden.*
3. *„Vom politischen Kräfteverhältnis: von unseren und ihren Strukturen, von unseren und ihren logistischen Mitteln, von unserer Entschlossenheit in der konkreten und generellen Konfrontation".*

So verständlich es ist, wenn die Verbrechen der Nazis Abscheu, Wut und Haß hervorrufen, so untauglich sind diese als politische Ratgeber. Nur die faschistische Eskalation der Gewalt zu sehen und sich an ihr zu orientieren, legt nahe, daß es immer nur eine mögliche Form des Umgangs mit der Gewalt der Faschisten gibt: Gewalt. Wir alle wissen, daß das nicht so ist. Historische Situationen sind prinzipiell offen. Der Kampf gegen die FaschistInnen wird politisch entschieden.

Wo der Einsatz militanter Mittel nötig und politisch sinnvoll ist, sollte zudem gesichert sein, daß die AntifaschistInnen aus der Konfrontation als SiegerInnen hervorgehen. Dies ist heute kaum der Fall.

> Wir revolutionären Sozialisten unterscheiden uns von den Pazifisten durch die Erkenntnis, daß die Revolution nicht ohne Gewalt, nicht ohne Töten von Menschen, die sich der Revolution entgegenstellen, möglich ist. Aber wir sozialistischen Revolutionäre unterscheiden uns von den Gewaltanbetern dadurch, daß wir jedes Menschenleben heilig halten - auch das der Gegner - ,denn die Schonung der Freunde ist kein Verdienst, auch Hitler hat ja „nur" seine Gegner ermordet. Diese revolutionäre Moral verlangt von der revolutionären Praxis, daß sie die Gewaltanwendung auf das Mindestmaß beschränkt.
>
> **Heinrich Brandler (bis 1924 KPD-Vorsitzender) 1945**

IV.

Die Tötung von FaschistInnen ist heute kein geeignetes politisches Mittel im Kampf gegen den Faschismus. An diesem Verständnis hat sich bis heute die Wahl der Mittel bei koordinierten antifaschistischen Aktionen orientiert. Den Tod von Menschenleben zu vermeiden, war bisher ein von allen Seiten wahrgenommener Unterschied zu den Aktionen der Nazis.

In den bisherigen Äußerungen zur politischen Bedeutung des Kaindl-Todes scheint uns diese Grenze vor allem angesichts der Erfahrung der in den letzten Jahren an Zahl und Brutalität explodierten Nazi-Überfälle der FaschistInnen ins Schwimmen gekommen zu sein. Dies ist auch Ausdruck der mangelnden Strukturen dieses Teils der antifaschistischen Bewegung. Fehlende Kontinuität und unzureichende Vermittlung politischer Erfahrungen schlagen sich in der Unsicherheit nieder, wie das Thema „Tötung aus politischen Gründen" zu beurteilen sei. Dieser Frage aus dem Weg zu gehen oder bei ihrer Beantwortung in Zweideutigkeiten auszuweichen, ist Ausdruck politischer Schwäche. Sie wird der antifaschistischen Bewegung auf die Füße fallen.

Bei einer eindeutigen Stellungnahme zum hier angeschnittenen Problem geht es nicht darum, daß sich AntifaschistInnen - wie oft gemutmaßt wird - gegenüber staatlichen Instanzen erklären oder distanzieren. Es geht dabei um unser eigenes politische Interesse: wir selbst müssen bei zukünftigen antifaschistischen Aktionen wissen, ob der skizzierte Konsens tatsächlich getragen wird. Wo im Vorwege die Grenzen nicht eindeutig vereinbart sind, wo es also im Grunde keine weitreichend gekärte gemeinsame Basis gibt, ist die Möglichkeit zur Entsolidarisierung - etwa in der Form von Aussagen - bereits angelegt.

Und vielleicht noch wichtiger: auch die Menschen, die wir zu unseren Aktionen mobilisieren, haben ein Recht darauf, zu wissen, welchen Charakter die jeweilige Aktion hat. Und darauf müssen sie sich auch verlassen können. Wenn sie uns danach fragen, was das Ziel einer Aktion ist und wie es erreicht werden soll, so haben sie das Recht auf eine ehrliche Antwort. Hierzu gehört für uns, daß Gewaltanwendung als das letzte Mittel zur Erreichung politischer Ziele betrachtet wird.

AV



Kriegsverbrecher Mohnke vor seiner Villa in Barsbüttel

Kommt SS-Verbrecher davon ??

Mit der vorzeitigen Veröffentlichung von Dokumenten, deren Sperrfrist eigentlich erst nach dem Jahr 2000 abläuft, hat die britische Regierung nun auf die Einstellung des Verfahrens gegen den früheren Generalmajor der Waffen-SS-Division Leibstandarte Adolf Hitler, Wilhelm Mohnke, reagiert. Dessen Einheit war am 28. Mai 1940 in Wormhouldt bei Dünkirchen maßgeblich an der Ermordung von über 80 gefangenen Soldaten des Royal-Warwickshire-Regiments, des Cheshire-Regiments und der Royal Artillery beteiligt. Nachdem sie in eine Scheune getrieben worden waren, wurden sie in Fünfer-Gruppen erschossen. Anschließend warfen die Deutschen Handgranaten in das Gebäude. Die wenigen Überlebenden, wie z.B. Bert Evans (72) und Alf Tombs (81), finden es empörend, daß nichts gegen den in Barsbüttel bei Hamburg wohnenden Mohnke unternommen wird. Eine Vernehmung durch deutsche Behörden hat bisher nicht stattgefunden. Alf Tombs lebt heute mit seiner Frau von einer Wochenrente von 222,50 DM in einem Wohnwagen. „Mohnke lebt in Luxus und bekommt eine Generalspension", sagt er. „Alles, was ich will, ist, auf seinem Grab zu stehen."

Urteile, geprägt von unvorstellbarem Haß

Günther Felix aus Köln gilt als anerkannter Steuerfachanwalt. Auf seinem jüngsten Arbeitsfeld aber schlägt ihm neuartiger Widerstand entgegen. Seit er auf rassistische Urteile des Reichsfinanzhofes in der Zeit der Nazi-Diktatur hingewiesen hat, erhält er unverhohlene Drohungen von Leuten seines Faches.

Und nicht nur das: der anerkannte Steuerexperte mußte nun zur Kenntnis nehmen, daß sein Name getilgt wurde aus der Liste der „Ständigen Mitarbeiter" der „Deutschen Steuer-Zeitung". Seit Jahren war er auf der Titelseite der renommierten Fachzeitschrift aufgelistet, nun, im Heft 17 vom September 1993, fehlt dort sein Name - ohne daß er vorher eine Nachricht erhalten hätte.

Zu den Herausgebern der Zeitschrift gehört auch der Präsident des Bundesfinanzhofes, Franz Klein. Und an die Adresse dieses Gerichtes richtet Felix seine Kritik. Anläßlich des 75jährigen Bestehens mahnte er, daß die Geschichte der Institution kritisch beleuchtet werden müsse. Das sah auch Franz Klein so, als er feststellte, daß im Steuerrecht der Nazizeit „sehr schnell eine Benachteiligung der Juden in der Rechtssetzung und Rechtsanwendung vollzogen" wurde. Klein beschreibt auch „unvorstellbaren Haß" als Grundlage staatlicher Steuerpolitik. Freilich: das war 1966. Als Präsident dieses obersten Bundesgerichts für Steuerfragen wollte Klein davon 1988 nichts mehr wissen: „Es gelang praktisch, den objektiven Charakter der vom Reichsfinanzhof erlassenen Urteile weitgehend zu wahren."

Die Fakten sprechen eine andere Sprache: Nach der Reichspogromnacht, als die Nazis überall in Deutschland Synagogen in Brand setzten und jüdische Geschäfte demolierten, verpflichtete der Nazi-Staat die deutschen Juden und Jüdinnen zur Zahlung von einer Milliarde Mark. In krassester Verkehrung der Umstände verklärte der Reichsfinanzhof diese Zahlung als „Sühne für die feindliche Haltung des Judentums gegenüber dem Deutschen Volk und Reich".

Die Steuerbefreiung der jüdischen Kindergärten hielt das Gericht nicht für möglich, „weil eine Steuerbefreiung wegen Unterstützung der Juden der nationalsozialistischen Weltanschauung nicht entspricht". Ähnliche Urteile wurden bereits 1933 gefällt.

In der Bundesrepublik ist offensichtlich noch immer kaum Platz für diese Tatsachen.

Eine gute Nachricht von der Polizei

In Hamburg steht eine Kaserne, die nach einem Herrn Lettow-Vorbeck benannt worden ist. Lettow-Vorbeck war ein großer Kämpfer für das Deutsche Vaterland, das er im Ersten Weltkrieg in Afrika verteidigte. Diesen großen Soldaten ehrt die Bundeswehr. Nun ja, der Herr zählte nicht zu den großen Demokraten: Im Kapp-Putsch spielte er eine Rolle als führender Putschist gegen die Republik von Weimar. Pikanterweise war er ausgerechnet in Hamburg Befehlshaber der protofaschistischen Putschisten.

Dieses beliebige Beispiel für die Traditionspflege der Bundeswehr zählt fast noch zu den Harmloseren. Die Traditionspflege der Bundeswehr ist eben nicht demokratisch, sondern militaristisch.

Die Anknüpfung an antidemokratische Traditionen beschränkt sich jedoch nicht nur auf die Bundeswehr, sie zeichnet unseren Staat insgesamt aus. Hier wird lieber der nationalen Taten und Täter andachtsvoll gedacht, als etwaigen Widerstandes gegen die teutsche Obrigkeit. Dieser Trend hat sich zwangsläufig seit der Wiedervereinigung verstärkt. Von Seiten der Bundesregierung werden auf das Fleißigste die Verbrechen des Nationalsozialismus relativiert. Vorläufiger Höhepunkt scheint die nationale Gedenkstätte in Berlin zu sein, wo sich die Gleichsetzung von Opfern und Tätern des Nationalsozialismus durchgesetzt hat.

Innerhalb der Polizei ließ sich bisher zu oft ähnliches vermerken. Da wurde sich jahrzehntelang um die Auseinandersetzung mit der Rolle der Polizei bei der Judenvernichtung herumgemogelt. In der Folge konnten viele Kriegsverbrecher und Massenmörder ihre Karrieren im Polizeiapparat der Bundesrepublik ungebrochen fortsetzen. Dies fiel umso leichter, als die neue Republik mehr wert auf qualifizierte Fachkräfte, denn auf Demokraten legte. Und welcher qualifizierte Polizist im Nachkriegsdeutschland konnte schon eine demokratische Gesinnung nachweisen. Der Polizeiapparat der Weimarer Republik liess sich widerspruchslos zum Werkzeug des NS-Staates machen und funktionierte mit wenigen Ausnahmen reibungslos bei der Vernichtung von Juden, Sinti und Roma.

Zu den Ausnahmen zählt der aus Hornstorf im Kreis Segeberg stammende Revier-Oberleutnant Wilhelm Krützfeld, der während der NS-Zeit Revierleiter in Berlin-Mitte war. Ich weiß nicht viel über diesen Krützfeld. Er war weder im Widerstand, noch in der Zeit der Weimarer Republik irgendwo politisch organisiert. Mir ist eigentlich nur bekannt, wie er sich in der Reichspogromnacht am 9.11. 1938 verhalten hat. In dieser Nacht hatte der Polizeipräsident den Befehl gegeben, daß die Polizei einen Bogen um jüdische Einrichtungen machen und sich nicht einmischen solle. Krützfeld hat sich eingemischt. Als er erfuhr, daß des nachts die Neue Synagoge in Berlin-Mitte von den Nazis angezündet worden war, fuhr er zu seinem Revier, holte sich ein paar Beamte und ging zur Synagoge. Dort zwang er die Nazis mit vorgehaltener Waffe zum Rückzug und brachte die Feuerwehr dazu (entgegen ihren Befehlen), die Brände zu löschen.



Jüdisches Geschäft in Berlin, 9. November 1938

Erstaunlicherweise wurde er am nächsten Tag nur vom Polizeipräsidenten gemaßregelt, ansonsten aber im Dienst belassen bis er 1943 in den Ruhestand versetzt wurde „aus gesundheitlichen Gründen".

Ich weiß nicht viel über Krützfeld. Ich weiß weder, wie er sich ansonsten verhalten hat, was er gedacht hat, noch was aus ihm geworden ist. Ich weiß aber, daß Wilhelm Krützfeld in dieser Reichspogromnacht gegen den gesamten braunen Strom geschwommen ist und sich so verhalten hat, wie es unter Deutschen damals sehr unüblich war, nämlich couragiert und hochanständig.

Man sollte Björn Engholm nicht nur für seine Rücktritte loben: Von ihm soll die Idee stammen, die Eutiner Polizeischule nach eben diesem Wilhelm Krützfeld umzubenennen. Ein Symbol, das wenig kostet und nicht weit reicht, aber eindeutig in die richtige Richtung weist. Die Landesregierung (oder die Polizei - ich weiß es nicht) hat lange gebraucht, um sich zu diesem Schritt durchzuringen, mehrere Jahre gärte die Idee. Der Pfeifenqualm hat sich bereits ein Weilchen in der Kieler Staatskanzlei verzogen, aber im letzten Herbst war es so weit und in einer Zeit, in der die Zeichen meist in die andere Richtung gesetzt werden, wurde die Ausbildungskaserne der schleswig-holsteinischen Polizei nach Herrn Krützfeld umbenannt.

Hier stellt sich bei mir ein angenehmes Gefühl ein. Zu wissen, daß der Polizeinachwuchs Schleswig-Holsteins irgendwann zu Beginn der Ausbildung ein Faltblatt in die Hand bekommt, in dem unter der Überschrift „Gegen das Vergessen" an diesen Polizisten erinnert wird. Der in einer Nacht nicht den Befehlen seiner Vorgesetzten und der Politik seines Staates folgte, sondern dem Anstand. Der in einer Nacht Courage zeigte und den aufrechten Gang probte.

SL

Deutschen Unitarier - weiterhin Verbindungen zur Nazi-Szene

Nachdem in Kiel das Thema Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft besonders 1991 für öffentliche Auseinandersetzungen und Schlagzeilen sorgte, ist es danach ruhiger geworden. Von antifaschistischer Seite wurden dem staatlichen Rassismus und dem eskalierenden Nazi-Terror mehr Aufmerksamkeit geschenkt. Lediglich die ATZE berichtete gelegentlich über die fortbestehenden Verbindungen zwischen der DUR und faschistischen Organisationen und AktivistInnen, so etwa im Fall des Düsseldorfer DUR-Gemeindeleiters (ATZE 16).

Inzwischen haben die Unitarier, für die die antifaschistischen Aktivitäten in der Stadt ein deutlicher Rückschlag waren, begonnen, eine neue Verteidigungslinie aufzubauen. Zusätzlich zur immer weniger haltbaren Behauptung, man habe von den faschistischen Ansichten etlicher AktivistInnen nichts gewußt, und deren Aktivitäten hätten durch tolerantes Verhalten verändert werden sollen, wird nun an einer weniger verfänglichen Darstellung der Geschichte der DUR gearbeitet. So fand Ende 1992 in der zur DUR gehörenden Jugend- und Bildungsstätte Klingberg ein Seminar mit dem Titel *Die Völkische Idee und Deutsche Glaubensbewegung (DG)* statt. Unter der Leitung von **Ernst Mohnike** und **Lutz Hüttel**, Autor in der neofaschistischen Zeitschrift *wir selbst*, referierten u.a. **Dr. Margarete Dierks, Baldur Springmann** und **Dr. Karl-Heinz Weißmann**. Dr. Dierks ist wegen ihrer unkritischen Darstellung der DG und des Antisemiten Hauer bereits einschlägig bekannt. Karl-Heinz Weißmann, in Niedersachsen im höheren Schuldienst tätig, schreibt regelmäßig in der extrem rechten Zeitschrift Criticon; Baldur Springmann war Vorsitzender des rassistischen *Weltbundes zum Schutz des Lebens*, annoncierte in der Zeitschrift des Auschwitz-Leugners Thies Christophersen und schrieb ebenfalls in dem oben bereits erwähnten Blatt *wir selbst*. Inzwischen ist er Mitglied in der ökofaschistischen Partei *Unabhängige Ökologen Deutschlands*.

Wahrlich eine illustre Runde zur „Aufarbeitung" der eigenen Geschichte. Und an aktuellen Bezügen fehlt es zudem nicht.

Nachdem bereits im Bremer Unitarieheim der Faschist **Wolfgang Juchem** von der *Aktion Freies Deutschland* auftreten konnte, folgte sein nächster Auftritt am 23.Oktober 1993 in Hamburg. In den Räumen der *Unitarischen Akademie* hielt Juchem einen Vortrag mit dem Titel „Deutschland- und Europapolitik heute".

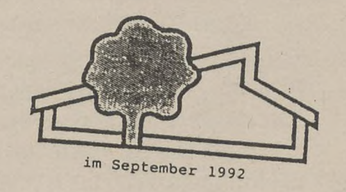
Einladung zum Seminar

Die Völkische Idee und

Deutsche Glaubensbewegung

30.10. bis 01.11.1992

Leitung: Lutz Hüttel
Ernst Mohnike



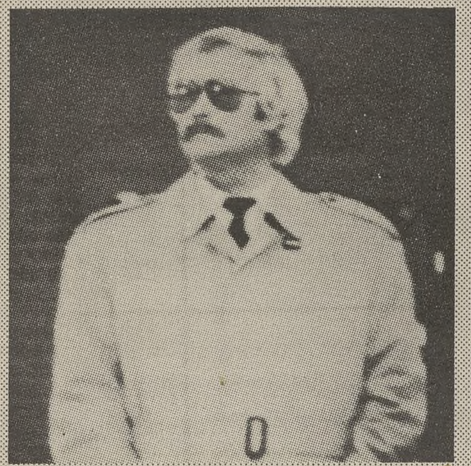
im September 1992

Im Gegensatz zur Idee des Weltbürgertums entstand bereits im 19. Jahrhundert diejenige von den besonderen ererbten volklichen Eigenheiten und gemeinschaftlichen Lebensbedürfnissen im Widerspruch zu den Lebensansprüchen anderer volklicher Gemeinschaften.

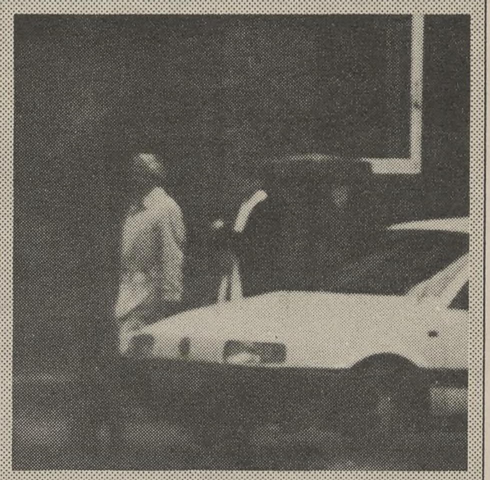
Angesichts a

Geladen hatte die *Gesellschaft für freie Publizistik*, die größte rechtsextreme Vereinigung von Verlegern und Journalisten der Bundesrepublik. An ihrer Spitze steht zur Zeit der frühere NPD-Chefideologe Rolf Kosiek.

(Ausführliche Informationen zur DUR finden sich in der AVANTI-Broschüre *Völkischer Rassismus bei den Deutschen Unitariern* von 1991. Sie ist leider vergriffen, kann jedoch gegen 5.- Vorkasse bei der ATZE als Kopie bezogen werden.)







links: Juchem am 19.3.93 auf dem Weg zu einer Veranstaltung des inzwischen verbotenen Deutschen Kameradschaftsbundes in Oldenburg; Bildfolge Mitte und rechts: Juchem betritt das Gebäude der **Deutschen Unitarier** *am 23.10.93, um bei der neofaschistischen* **Gesellschaft für freie Publizistik** *einen Vortrag zu halten*

Schon gehört?

Dietmar Munier, faschistischer Buchhändler und Verleger aus Kiel, hat sein Ladengeschäft in der Wilhelminenstraße zum 31.12.1993 aufgegeben. Dieser Erfolg ist nicht zuletzt den andauernden antifaschistischen Aktivitäten zu verdanken, die ihm auf vielfältige Weise das Leben schwer gemacht haben. Zuletzt hatten sich zudem intensiv BuchhändlerInnen und VerlegerInnen für eine Isolierung Muniers in Fachkreisen ausgesprochen, so vor kurzem in der Oktoberausgabe der Fachzeitschrift *BuchMarkt*. Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß er sich nun vollständig auf seine revanchistischen Aktivitäten im ehemaligen Ostpreußen und einen Versandbuchhandel konzentriert. Einen solchen Buchversand, dem seit kurzem auch das Reiseunternehmen *Bernstein-Reisen* angeschlossen ist, kann er auch von seinem neuen Stützpunkt in Martensrade (bei Wittenberger Passau) aus betreiben. Hierzu nutzt er weiterhin sein Kieler Postfach und - wie bei der vier ganze Seiten (!) umfassenden Anzeige im *Ostpreußenblatt* - mehrere neue Telefonnummern aus dem Vorwahlbereich Selent.

Mitte Dezember ließ die Staatsanwaltschaft Flensburg etwa 3000 Exemplare der von **Thies Christophersen** herausgegebenen Vierteljahresschrift *Die Bauernschaft* in einer Druckerei in Nordrhein-Westfalen beschlagnahmen. Dies sei, so wurde mitgeteilt, fast die gesamte Auflage. Ob die wenige Tage später in Schleswig-Holstein auftauchenden Exemplare zu den Reststücken zählten, oder bereits nachgedruckt worden waren, läßt sich zur Zeit nicht genau sagen. Das Heft enthält ein Interview zum Tod von Rudolf Heß und - wenig überraschend - jede Menge revisionistische Propaganda. In der regelmäßigen Rubrik „Wir trauern um folgende Leser der BAUERNSCHAFT“ findet sich dieses Mal auch der von der bürgerlichen Presse als Mäzen hochgelobte Alfred Toepfer.

. . . Preise
. . . Kataloges in Rechnung.

Die Mehrwertsteuer ist ab 1. 1. 94 im Preis enthalten. Versandkosten werden in Rechnung gestellt. Die Ware bleibt bis zur Bezahlung Eigentum des NORDWIND-Verlages. Für indizierte Schriften beträgt die MwSt. 15 %. Beschädigte Sendungen sind bei der Post zu reklamieren. Bei größeren Bestellungen von noch unbekannten Kunden kann eine Vorauszahlung erbeten werden.



Die Bauernschaft
Für Recht und Gerechtigkeit
Unabhängige Korrespondenz
für Freunde des Bauernstandes.
Bauerntum ist Volkstum
Es geht um die Erhaltung des Bauerntumes als Wertgruppe in unserer Gesellschaft. Die Suche nach neuen Wegen ist die Rückkehr zum Altbewährten.
DIE BAUERNSCHAFT erscheint viermal im Jahr und kostet zur Zeit 25,– DM im Jahr. Fordern Sie ein kostenloses Werbeexemplar an.
Ihr Buchhändler:



Anläßlich seines 80. Geburtstages forderte **Dieter Vollmer** (Schleswig) in der Dezemberausgabe der neofaschistischen Zeitschrift *Deutschland in Geschichte und Gegenwart* die Berücksichtigung artgemäßen Denkens auch beim Menschen: diese müssten sich an dem orientieren, was (den Rechten) als Naturgesetz gilt. Hierzu gehören bekanntlich Rassentrennung und das Recht des Stärkeren. Vollmer, der zur Zeit an seinen Memoiren arbeitet, war während der Nazi-Herrschaft bei der *Nordischen Gesellschaft* tätig. 1963-1965 war er Verlagssekretär beim faschistischen *Grabert-Verlag*, später verbreitete er seinen Rassismus bei Tagungen des *Nordischen Rings* in Schleswig-Holstein und bei der *Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft*.



Unter dem wohlklingenden Namen *Bürgerrechtsbewegung Solidarität* tritt sein einiger Zeit die Gruppe *Europäische Arbeiterpartei (EAP)* bzw. *Patrioten für Deutschland* auf. Während ihr Gründer, der notorische Antisemit Lyndon LaRouche in den USA im Gefängnis sitzt, wird die deutsche Sektion von seiner Frau Helga Zepp-LaRouche geführt. In den letzten Monaten hat die Organisation besonders intensiv versucht, sich an betriebliche Auseinandersetzungen - u.a. in München (DASA) und Bischofferode - anzuhängen und diesen eine rassistische und nationalistische Schärfe zu geben. Ob dies auch bei den laufenden Tarifauseinandersetzungen passiert, sollte aufmerksam beobachtet werden. Im Vorstand des schleswig-holsteinischen Landesverbandes saßen zuletzt **Volkert Brenner** (Vorsitzender), **Paul Gajewski** (erster Stellvertreter) und **Ursula Wycisk** (zweite Stellvertreterin).



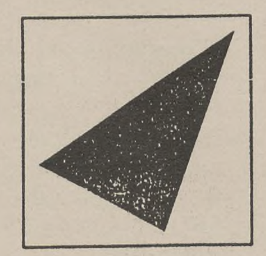
Schon gehört?



Verabschiedet wurde dieser Tage der langjährige Geschäftsführer des *Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes (SHHB)*, **Hans-Joachim von Leesen**. Es steht zu befürchten, daß er nun noch mehr Zeit hat, seine geschichtsfälschenden Darstellungen in Zeitschriften wie *Criticon* oder *Ostpreußenblatt* zu verbreiten. Mitte Februar ist er zu Gast bei der *Provinzialloge Niedersachsen* in der Nähe des Hamburger Dammtorbahnhofes. Dort spricht er zum Thema „Wer begann den Luftkrieg gegen die Zivilbevölkerung im Zweiten Weltkrieg?".



Als Sonderausgabe der DLVH-Fraktion im Kieler Landtag erschien im Dezember die zweite Ausgabe des Mitteilungsblattes der norddeutschen Landesverbände der Deutschen Liga für Volk und Heimat *Die Nordlichter*. Darin berichtet der Fraktionsvorsitzende der DLVH im schleswig-holsteinischen Landtag, **Ingo Stawitz** (Uetersen), über einige der rassistischen Anträge, die von dieser Partei zur Beratung eingebracht wurden. Stawitz löste darüberhinaus einen der bisherigen drei Landessprecher ab und bildet nun mit H.J. Sabrautzky (Ex-NPD) und M. Gräf (Ex-REP) den Landesvorsitz in Schleswig-Holstein. Geschäftsführer der faschistischen Fraktion im Landtag ist inzwischen **Sven Sievers**.



>>DIE NORDLICHTER<<

Schleswig-Holstein, Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt

INFORMATIONSBLATT DER DEUTSCHEN LIGA FÜR VOLK UND HEIMAT

Dezember 1993 Nr: 2 Sonderausgabe der DLVH Fraktion im Kieler Landtag



Zu schweren Auseinandersetzungen mit FaschistInnen kam es in London Mitte Januar anläßlich eines Gedenkkonzerts für den im September vergangenen Jahres tödlich verunglückten Leadsänger der faschistischen Rockgruppe *Screwdriver*. Zu den Festgenommenen gehört auch der Möllner Skinhead **Stefan „Wöbbel" J**. Der 28-jährige macht seit Jahren in Mölln und anderswo als gewalttätiger Skinhead von sich reden. Im Prozeß vor dem Oberlandesgericht in Schleswig gegen die beiden Mölln-Attentäter Lars Christiansen und Michael Peters war er als Zeuge aufgetreten

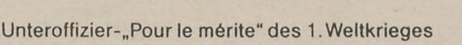


Protest und antifaschistische Gegenaktionen hat das Treffen der *Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger e.V. (OdR)* im vergangenen Jahr in Celle ausgelöst. Im erweiterten Vorstand sitzen aus Schleswig-Holstein **Heinrich Springer** aus Oelixdorf (Sektionsleiter Mittelholstein)), **Werner Meyer** aus Kirchbarkau (Sektionsleiter Kiel), **Friedrich Hummel** aus Flensburg (Sektionsleiter Flensburg) und **Lothar Hofer** aus Lübeck-Travemünde (Sektionsleiter Lübeck).



DAS RITTERKREUZ

Orden vom
Militär-Verdienst-Kreuz





Mitteilungsblatt der Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger e.V.

Der „Einblick“

Nazis kündigen verstärkten Terror an

Nicht erst durch die Herausgabe des *Einblicks* ist den AntifaschistInnen klar, daß die FaschistInnen das Ziel verfolgen, ihre GegnerInnen brutal zu verfolgen und so weit wie möglich zu beseitigen. Daß dabei vor Mord und Totschlag nicht zurückgeschreckt wird, ist uns klar.

Wenn Ende 1993 durch die Herausgabe dieser 44 Seiten starken „ersten Ausgabe“ der Eindruck in der Öffentlichkeit entstand, als ob die FaschistInnen erst jetzt dazu bereit und in der Lage wären, so ist schon dies Teil eines politischen Kalküls, wie die faschistische Gefahr aus der regierungsoffiziellen Sicht gesehen werden soll.

(Inzwischen gibt es die zweite Ausgabe des Einblick, die uns bei Redaktionsschluß noch nicht vorlag und die weitere Adressen bekanntmacht).

Zur Vorgeschichte

Der *Einblick* bringt nicht etwa neue Ergebnisse faschistischer Recherchen über antifaschistische Strukturen; ein nicht geringer Teil des Materials ist schon vor Jahren veröffentlicht worden, u.a. in dem von **Christian Worch** (Hamburg) herausgegebenen *Index*.

Festzuhalten ist hierbei, daß dies bislang für Justiz und Staatsanwaltschaft in keinem einzigen Fall Grund genug war, strafrechtlich gegen die Nazis vorzugehen. Auch in Zukunft wird sich daran nichts ändern. Der *Einblick* ist zu verstehen als Teil des bundesweiten Aufbaus der sogenannten „Anti-Antifa“-Gruppen, für die seit einigen Monaten massiv Propaganda gemacht wir; auch hier ist Christian Worch der Hauptdrahtzieher.

Zum Inhalt

Nicht in erster Linie die große Zahl der veröffentlichten Namen und Adressen ist erschreckend - denn die FaschistInnen verfügen mit Sicherheit über sehr viel mehr Material, das sie keineswegs der Öffentlichkeit zugänglich machen werden -, bedeutender ist das politische Signal, welches deutlich macht, daß 1994 für die FaschistInnen ein weiteres Jahr der Offensive sein soll.

Von Interesse ist auch die politische Begründung für die Herausgabe des Einblick: Grund sei der „zunehmende Rotfront- und Anarchoterror“, also der angebliche antifaschistische „Terror“ gegen Neonazis. Ein kurzer Blick in die Realität zeigt schon, daß von antifaschistischem „Terror“ keine Rede sein kann. Dagegen ist die Spur rassistischen und faschistischen Terrors gegen AsylbewerberInnen, MigrantInnen und Angehörige von Minderheiten nicht zu vertuschen, die seit zwei Jahren im ganzen Land hinterlassen wurde.

Daß dagegen insgesamt Widerstand entstanden ist, wenn auch nach wie vor in viel zu geringem Umfang, ist erfreulich, paßt aber den Herrschenden und den FaschistInnen ganz und gar nicht.

Angesichts sich verschärfender sozialer Widersprüche, wachsenden Widerstands von ArbeiterInnen gegen Massenentlassungen, angesichts auch der Tatsache, daß sich immer wieder Menschen auch für linke, sozialistische und kommunistische Vorstellungen interessieren, wird für diesen Staat und damit auch für seine Sachwalter bei den organisierten FaschistInnen die Notwendigkeit, verstärkt „gegen Links“ aktiv zu werden, größer.

Der Einblick ist Ausdruck und Signal für diese Entwicklung.

Wie schon erwähnt ist das veröffentlichte Material teilweise veraltet, teilweise völlig beliebig ausgewählt. Organisierte AntifaschistInnen sollten auf keinen Fall den Fehler machen, dies als den letzten „Erkenntnisstand“ der FaschistInnen über unsere Arbeit anzusehen. Deutlich wird nur, daß die FaschistInnen so ziemlich jede demokratische Poisition als mögliche gegnerische ansehen: Es werden keineswegs nur Adressen aus antifaschistischen Strukturen veröffentlicht, sondern beispielsweise auch die Adresse der Dortmunder „Grünen“.

Auch einzelne ziemlich wahllos ausgewählte Dritte-Welt-Läden sind aufgenommen - das Ziel ist ganz offensichtlich keine Vollständigkeit, sondern ein politisches Signal gegenüber den eigenen AnhängerInnen: Das gesamte demokratische Spektrum bis in die Reihen der SPD hinein ist als politischer Gegner anzusehen. So ist es kein Zufall, daß zwar einzelne SPD-Mitglieder in der Liste auftauchen, aber kein einziges CDU- oder FDP-Mitglied.

Es ist ebensowenig Zufall, daß für Nordrhein-Westfalen unter dem Stichwort „Achtung Kommunisten“ ein Teil der MLPD-Strukturen veröffentlicht wird - die Verfasser hätten unter diesem Stichwort noch eine größere Zahl ebenfalls öffentlich bekannter Adressen veröffentlichen können - sie taten es nicht.

Unter der Hetzparole „Für linke Gewalt und antinationalistische Hetze sind dort weiterhin verantwortlich“ wird unter anderem die Bochumer Adresse des Futon-Ladens „Form in Form“ abgedruckt. Das hatte (vermutlich) Folgen: Ende Dezember brannte der Bochumer Laden völlig aus, die Inhaber vermuteten, daß der Brand mit der Veröffentlichung im *Ein-*



Anti-Antifa-Verbindung auch nach Kiel ?!

Spätestens seit dem 7. Juni 1993 waren FaschistInnen über ein in Mainz geschaltetes „Nationales Info-Telefon“ (NIT) aufgefordert worden, Namen, Adressen, Autokennzeichen und Fotos von AntifaschistInnen zu sammeln. Diese sollten dann an eine Postfachadresse des „Deutschen Informationsdienstes - Arbeitskreis Anti-Antifa“ nach Mainz geschickt werden.
Das NIT wird von dem 20jährigen Neonazi Sascha Chaves betrieben. Er ist Mitglied der neuformierten „Deutschen Nationalisten“ (DN), einer Nachfolgegruppierung der im Dezember 1992 verbotenen „Deutschen Alternative“ (DA). Der ehemalige rheinland-pfälzische DA-Chef, Michael Petri (21) stellt dem NIT sein Mainzer Postfach plus Faxanschluß zur Verfügung. Propagandamaterial der DN tauchte in den letzten Wochen auch in Kiel auf. Ob eine Informationsweitergabe auch in Richtung Mainz stattgefunden hat, kann zur Zeit noch nicht mit Sicherheit gesagt werden.

KAMPF dem Materialismus



Wenn Deutschlands Arbeiter sich erheben, werden Kreml und Wallstreet beben!

Deutsche Nationalisten
c/o Michael Petri
Postfach 1725
55007 Mainz

DN-Aufkleber, Kiel-Gaarden, 11-1993

blick zusammenhinge, da „Form in Form“ durch ausländerfreundliche Werbeanzeigen bekannt geworden sei.

Sie ließen sich aber nicht einschüchtern, sondern initiierten ein Treffen aller Menschen in Bochum, die im *Einblick* bekannt gemacht wurden, mit dem Ziel, ein möglichst breites Bündnis sämtlicher fortschrittlicher Kräfte in Bochum zustandezubringen, welches sich öffentlich zu antirassistischen Zielen bekennt.

Fazit:

Viel ist sonst nicht mehr über den *Einblick* zu berichten. Einzelne Passagen im Vorspann deuten darauf hin, daß die Naziszene in Zukunft tatsächlich verdeckter arbeiten wird (was sie ja in ihren Kernstrukturen seit langem tut). So heißt es in diesem Zusammenhang „anklagend“: „Da sich seit 1945 alle konstruktiven Kräfte im Gegensatz zu der linken `Szene` stets offen zu den Ideen und Idealen ihres politischen Handelns bekannt haben, stehen wir heute voll in der Öffentlichkeit und sind für destruktive, zerstörerische und verhetzte Kinder linker Politik abgreifbar geworden.“

In Wahrheit ist ja erst durch oft mühsame Recherche-Arbeit von antifaschistischen Gruppen bekannt gemacht worden, wie weit und gut organisiert das braune Netz in europäischem Rahmen schon arbeitet.

Hierbei hat der Staat keineswegs auch nur das geringste Interesse gezeigt, die antifaschistische Aufklärung zu unterstützen - im Gegenteil.

Auch die Veröffentlichungen des *Einblick* werden nicht strafrechtlich verfolgt, weil angeblich mal wieder keine „rechtliche Grundlage“ hierfür besteht. Was soll denn überhaupt noch strafrechtlich verfolgt werden, wenn nicht dieses faschistische Hetzblatt, das offen zum Terror und zur Gewalt gegen alle demokratischen Kräfte aufruft?

Wie heißt es doch im letzten Satz des Vorspanns: „Laßt uns deshalb auch ALLE gemeinsam - jeder nach seiner eigenen persönlichen Kraft - die kriminellen Gegner entlarven und sie mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln bestrafen.“

Das dürfte eindeutig sein, die AntifaschistInnen jedenfalls sollten sich keinerlei Illusionen darüber machenb, was hiermit gemeint ist: Die völlige Ausschaltung jeglicher demokratischer Opposition.

(Dieser Artikel entstand in Anlehnung an einen Beitrag in der neuesten Ausgabe der *ANTIFAZ*. Die Zeitschrift ist zu beziehen beim Antifa-Zentrum, Herner Straße 43, 45657 Recklinghausen oder durch Überweisung von 30.- DM für das Jahresabo auf das Konto 33401027 bei der Sparkasse Bochum (BLZ 43050001)

Anti-Antifa und die Internationale der Faschisten

Informationsveranstaltung mit
Graeme Atkinson

Herausgeber der internationalen antifaschistischen Zeitschrift Searchlight
Berater der Untersuchungskommission des Europäischen Parlaments für Fragen des Neofaschismus und Rassismus

24. Februar 1994 19.30 Uhr
Legienhof im Gewerkschaftshaus

Veranstalterinnen: ATZE & anderes lernen e.V.

Skinheads wegen Brandanschlag auf Obdachlosenwohnheim verurteilt

Vor der II. großen Strafkammer des Landgerichts Kiel (Jugendkammer) fand im Dezember, an insgesamt sechs Verhandlungstagen, der Prozeß gegen neun Skinheads aus Schleswig-Holstein statt. Die „Jugendlichen", im Alter von 16 bis 25 Jahren, waren angeklagt, in der Nacht vom 10. auf den 11. Oktober 1992 zusammen mit ca. 20 weiteren Nazi-Skins einen (geplanten) Brandanschlag auf eine von Obdachlosen bewohnte Reetdachkate in Borgstedt bei Rendsburg verübt zu haben.

Bereits am Vorabend waren mehrere Neonazis - darunter auch einige der Angeklagten - Nazilieder gröhlend („SA marschiert..." etc.) - vor die Obdachlosenunterkunft gezogen und hatten zwei Fenster des Hauses eingeworfen. Daraufhin kam es zu einer Schlägerei zwischen den Nazis und den BewohnerInnen der Kate, bei der die Skinheads allerdings den Kürzeren zogen und verjagt wurden. Einer von ihnen wurde dabei leicht verletzt. Sie beschlossen deshalb noch am selben Abend, sich für die Niederlage bei den von ihnen als „linke Zecken" beschimpften Menschen zu rächen. Per Telefonkette wurden für den kommenden Abend ca. 40 Faschos aus Rendsburg/Umland, Kiel, Elmshorn, Hamburg und Eckernförde zum Fascho-Treffpunkt, der Autowaschanlage an der B 203 in Büdelsdorf, mobilisiert. Gemeinsam wurde dann gesoffen und der Brandanschlag geplant und vorbereitet. Ein 5-Liter-Kanister Benzin war bereits am Vormittag von den zwei jüngsten Angeklagten (zur Tatzeit 14 und 15 Jahre alt) besorgt worden. Gemeinsam wurden ca. 20 Molotowcocktails gebastelt und jedeR wurde in die „Kunst" des Mollie-Werfens eingewiesen. Kurz nach Mitternacht zogen die rund 40 inzwischen gut alkoholisierten Faschos dann mit den Mollies, CS-Gas und Schlagstöcken bewaffnet, zu der Obdachlosenunterkunft, um diese in Brand zu setzen.

Allein der energischen Gegenwehr der BewohnerInnen der Reetdachkate ist es zu verdanken, daß „nur" zwei der insgesamt 20 Brandsätze das trockene Reetdach trafen. Die restlichen Brandflaschen explodierten vor dem Haus und den daneben stehenden Tannen. Das Feuer auf dem Dach konnte von den BewohnerInnen zum Glück schnell gelöscht werden. Die Nazis hatten es jedoch bewußt in Kauf genommen, daß es mehrere Tote und/oder Schwerverletzte hätte geben können. Ausnahmsweise gelang es der inzwischen alarmierten Polizei, 18 der flüchtenden Neonazis festzunehmen.

Einzig aufgrund der Redseligkeit der Festgenommenen, die sich gegenseitig schwer belasteten, konnte gegen 11 von ihnen Anklage wegen gemeinschaftlich geplanter und begangener schwerer Brandstiftung, schweren Landfriedensbruchs und gegen einzelne wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz, erhoben werden. Die Verfahren gegen zwei Tatbeteiligte wurden abgetrennt, da gegen einen ohnehin wegen eines Vergewaltigungsdeliktes ermittelt wurde, und der andere aus Rücksicht auf sein Alter(14) zu einer erzieherischen Maßnahme verdonnert wurde. Vier der restlichen neun Angeklagten wurden zu Haftstrafen bis zu 3 Jahren und 3 Monaten verurteilt. Ob die anderen fünf ihre Freiheitsstrafen (1 bis 1 1/2 Jahre) absitzen müssen, wird sich demnächst entscheiden: Die II. große Strafkammer des Kieler Landgerichts will erst abwarten, ob sich die versprochene (!) Abkehr der Jugendlichen von der rechtsextremen Szene nur als ein bloßes Lippenbekenntnis erweist. Die Angeklagten hatten während des Prozesses, von dem die Öffentlichkeit (und damit eine mögliche Kontrolle) gleich zu Beginn ausgeschlossen wurde („wir wollen den Konflikt zwischen Rechts und Links im Gerichtssaal nicht fortführen..."), mehr oder weniger „alle geblockt", so der Vorsitzende der Jugendkammer. Fünf der Angeklagten distanzierten sich nach den Plädoyers ihrer Verteidiger von der Tat und beteuerten, von der Planung und der Herstellung der Brandsätze nichts mitbekommen zu haben und gaben an, ihre Mollies absichtlich neben das Haus geworfen zu haben, bzw. daß sie ihnen „runtergefallen" seien. Das Gericht befand die Aussagen allerdings als nicht glaubwürdig, da die Tat von allen Beteiligten einvernehmlich geplant, vorbereitet und durchgeführt worden sei. Der vorsitzende Richter sah die Tat „weit von der Klassenkeile zwischen der 2a und der 2b" entfernt (so einer der Verteidiger, der den Brandanschlag in seinem Plädoyer verharmlosen wollte), sondern ordnete sie in Anbetracht der möglichen Toten „in die Nähe von Mölln und Solingen" ein.

Mit dem Strafrecht könnten zwar nicht die Ursachen der steigenden Gewaltbereitschaft bekämpft werden, erklärte der Vorsitzende der Jugendkammer, mit einer „konsequenten, aber gelassenen Strafzumessung" habe sich aber „die Rechtsprechung zu bemühen, weder auf dem rechten Auge blind zu sein, noch mit der Keule zur Märtyrerbildung beizutragen".

Ob das Gericht mit den verhängten Urteilen seinem Anspruch wirklich genügen kann, bleibt allerdings abzuwarten. Und um eine Haftstrafe in einer Bewährungsstrafe umwandeln zu können, ist es bekanntlich ein Leichtes, vor Gericht dem Rechtsextremismus abzuschwören !

Rassistischer Brandanschlag in Kaltenkirchen

Ein Brandanschlag auf ein türkisches Gemüsegeschäft wurde in der Nacht zum ersten Weihnachtsfeiertag in Kaltenkirchen verübt. Der durch die Ladentür geworfene Brandsatz setzte das Geschäft in Brand. Menschen kamen nicht zu Schaden.

FAP - Bundesgeschäftsstelle Hamburg-Halstenbek gibt neue Propaganda- Materialliste raus ...

Unter dem Motto: „Wir sind radikal, aber nicht extremistisch ! Wir sind rechts, aber nicht neonazistisch ! Wir setzen auf politische Bildung unserer Mitglieder und auf die Aufklärung des deutschen Volkes ! Wer gegen Überfremdung, Maastricht-Europa und moralische Dekadenz ist und sich für Volk, Heimat und Vaterland einsetzen will, ist aufgefordert, sich uns anzuschließen !", hat die FAP - Bundesgeschäftsstelle eine neue Materialliste herausgegeben. In ihrem Angebot finden sich Aufkleber, T-Shirts, Reichskriegsflaggen, Aufnäher und Musikkasetten des Wiking-jugend-Liederbarden, Frank Rennicke. Dieses „Informationsmaterial" wird mit der Anpreisung der Broschüre „Mäxchen Treuherz und die juristischen Fußangeln" abgerundet, die der Hamburger Wuseldi-Verlag herausgibt.

(entnommen: Der Rechte Rand Nr.26)

FAP-Prozeß Oldenburg: Revision wurde zurückgenommen

Nach 1 Jahr begann am 24. Januar 1994 vor dem Landgericht Lübeck die Revisionsverhandlung gegen 4 Hamburger Führungskader und Sympathisanten der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP). Ihnen wird vorgeworfen im Januar 1988, nach einer FAP-Wahlveranstaltung in der Kleinstadt Oldenburg/ H. zwei PKW mit vermeintlichen Antifas überfallen zu haben. Die Autos wurden demoliert Insassen bedroht, angegriffen, zusammengeschlagen und verletzt.

Nach 3 Versuchen innerhalb von 5 Jahren wurden die ehemals 8 angeklagten Neonazis vom Amtsgericht Oldenburg verurteilt. Bei S. Bliesmer und S. Ahrens geb. Krüger wurde das Verfahren eingestellt; M. Hohmeister´s Verfahren wurde aufgrund seiner Abwesenheit in Kroatien abgetrennt; D. Brüel (von dem Naziawalt Jürgen Rieger verteidigt) , G. Wirsching, H. Wichmann und A. Haye erhielten geringe Geld- und Bewährungsstrafen. Zudem mußten Sie die Kosten des Verfahrens tragen, ca. 10.000 DM pro Person. Und genau um diese Kohle ging es, das wurde aber erst während der Revisionsverhandlung deutlich. Am 24. Januar 1994 begann der Revisionsprozeß vor dem Landgericht Lübeck. Das Verfahren gegen Detlev Brüel war mittlerweile wegen seiner Geringfügigkeit, aufgrund einer anderen Verurteilung vorläufig eingestellt. Die Neonazis Hanno Wichmann, Guido Wirsching und Andreas Haye waren nebst Verteidiger anwesend.

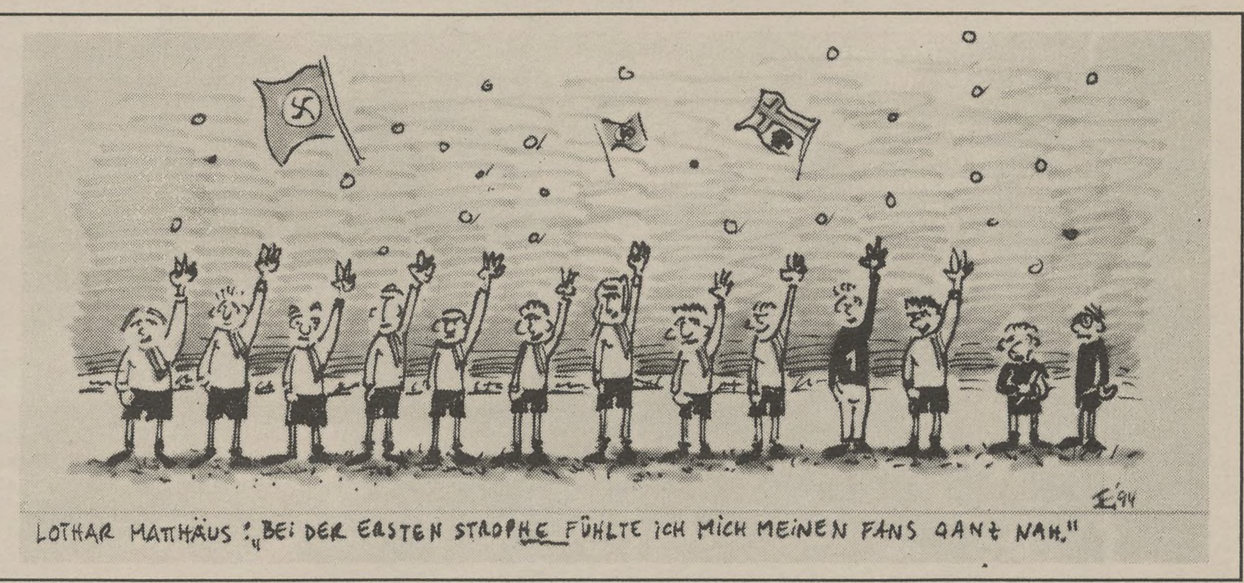
Zu Beginn des Verfahrens erklärten die Angeklagten, daß sie die Aussage, außer zu ihrer Person verweigern werden. Sie erklärten unisono Ihren Ausstieg bzw. Abkehr von der FAP, bis hin zur Ablehnung der Ziele der FAP. Schwerlich zu glauben da zumindest Andreas Haye und Detlev Brüel während der Demo gegen die FAP-Bundesgeschäftsstelle in Halstenbek am 6. Februar 1993 ebenda gesehen wurden. Nach ca. 3 Stunden Verhandlung unterbrachen die Richter den Prozeß und erklärten den Angeklagten die Aussichtslosigkeit Ihrer Revision und die weitere Prozeßkostenerhöhung. Die Neonazis zogen sich daraufhin mit Ihren Anwälten zur Beratung zurück und nahmen dann die Revision zurück. Nach der vorläufigen Einstellung des Verfahrens gegen Brüel und dem damit verbundenen Rückzug Riegers aus dem Prozeß ist sopmit die gesamte Revision zusammengefallen wie ein Kartenhaus.

Bei der Revisionsverhandlung liegt der Verdacht nahe, daß diese von Brüels Rechtsanwalt Jürgen Rieger aus Hamburg initiert wurde und von den anderen Angeklagten lediglich mitgetragen wurde. Endlose Prozeßverzögerungen sind, nicht nur in dem Oldenburger Prozeß die gängige Praxis des Nazi-Anwalts Rieger. Das heißt, die Urteile vom März 1993 sind jetzt rechtskräftig und die unendliche Geschichte nach 6 Jahren abgeschloßen.

(entnommen aus „Autonome Antifa Lübeck“)

Erstaunlich stur...

...zeigt sich der DFB in der Diskussion um das Austragungsdatum des Fußballspiels Deutschland gegen England am 20.04.1994. Nachdem der Hamburger Senat als Eigentümer die Erlaubnis, das Spiel im Volksparkstadion auszutragen aus Angst vor Übergriffen Rechtsradikaler und Hooligans zurückzog, wurden als Alternativen München (sicherstes Stadion), Nürnberg (Stätte des Reichsparteitages), und Berlin (Reichshauptstadt) genannt. Den Zuschlag bekam Berlin. Hätte keine deutsche Stadt das Spiel durchführen lassen wollen, hätte es in London sttattgefunden. Das Datum blieb auf jedem Fall bestehen, der DFB sei nicht bereit, der Gewalt des Mobs zu weichen, so der Pressechef. Dieses Argument ginge in Ordnung, wenn es keine Alternativen gäbe, doch allein dieses Jahr gäbe es bis zur WM im Juni über 100, 1993 gab es über 300 Alternativen zu Hitlers Geburtstag. Zudem sei das Datum von der UEFA (Europäischer Fußballverband) festgelegt worden. Es ist allerdings merkwürdig, daß der DFB als Mitglied der UEFA auf diese Entscheidungen keinen Einfluß nehmen kann (oder will?).



Wieso also Hooligans und Neo-Nazis aus Deutschland und England (einige Tausend kündigten sich von der Insel an, um - so O-Ton der Flugis - den 2.Weltkrieg neu aufzulegen) einen Super-Anlaß zum Randalieren in Stadt und Stadion bieten? Warum Skins und Fußballprolls eine schöne Geburtstagsparty für ihren Führer organisieren?

Die Antwort gab uns der Präsident des Berliner Sport-Verbandes am 28.1.94 im drittten Programm:“Wir wollen deutsche Geschichte endlich bewältigen und das Sportliche in den Vordergrund stellen.“

Hoffen wir, daß die Faschisten das genauso sehen.Vielleicht organisieren sie ja mit Lothar Matthäus eine Lichterkette und verteilen kostenlos Mein-Freund-ist-Ausländer-T-Shirts.

Februar 1994: Mumia Abu-Jamal immer noch in der Todeszelle



Mumia Abu -Jamal, afroamerikanischer Journalist, der sich seit frühester Jugend gegen Rassismus und für soziale Gerechtigkeit in den USA eingesetzt hat, befindet sich seit dem 9.Dezember 1981 in Haft im Huntingdon Gefängnis in Pennsylvania. 1982 war er nach einem Indizienprozeß für den Tod eines Polizeibeamten verantwortlich gemacht worden. Schon während des Prozesses ergaben sich erhebliche Zweifel an der Version der Staatsanwaltschaft, entlastende Beweise und Zeugenausssagen wurden unterdrückt. Stattdessen referierte der Staatsanwalt Jamals politische Überzeugungen und rückte seine zwölf Jahre zurückliegende Mitgliedschaft bei den Black Panthers in den Vordergrund. Seine engagierten Radiosendungen wurden als Beweise angeführt, daß er immer schon ein „potentieller Polizistenmörder" gewesen sei. Von einer fast ausschließlich weißen Jury wurde Jamal am dritten (!) Prozeßtag schuldig gesprochen und zum Tode verurteilt.

In seiner Heimatstadt Philadelphia war Jamal seit Jahren als ein scharfer Kritiker der berüchtigten Brutalität der Polizei gegenüber EinwohnerInnen afrikanischer oder hispanischer Abstammung bekannt. Seine parteiische Berichterstattung schuf ihm viele Gegner in der politischen Elite des Staates und der Stadt. Noch kurz vor seiner Verhaftung drohte Bürgermeister Rizzo während einer Pressekonferenz dem anwesenden Jamal öffentlich: "Die Leute glauben, was Sie schreiben, was Sie sagen. Und damit muß Schluß sein. Eines Tages, und ich hoffe, daß das noch zu meiner Amtzeit geschieht, werden Sie für das, was sie tun, die Verantwortung tragen und dafür zahlen müssen..."

Während die Politiker nach Möglichkeiten suchen, Jamal zu beseitigen, wählten seine Kollegen und Kolleginnen ihn zum Vorsitzenden der „Association of Black Journalists". Die Verhaftung überlebte er nur zufällig; durch einen Schuß schwer verletzt, wurde er sowohl beim Abtransport und im Krankenhaus auch noch schwer mißhandelt. Das Todesurteil, so Jamal, war nur die Konsequenz daraus, daß sie ihn nicht vorher hatten töten können.

Gegenwärtig befindet sich Mumia Abu Jamal in einer guten pychischen und physischen Verfassung; denn seit seiner Festnahme hat er zum ersten Mal das Vertrauen , daß sein Fall vor Gericht vertreten wird.

Anlaß zu dieser durchaus optimistischen Annahme ist die Tatsache, daß der Oberste Gerichtshof von Pennsylvania, der damals Mumias Schicksal besiegelt hatte, vor kurzem Gegenstand einer Untersuchung war. Diese Untersuchung hatte z.B. zur Konsequenz , daß einer der Richter sein Amt niederlegen mußte und gegen die anderen Richter weitere Ermittlungen laufen. Die Tatsache, daß der Gerichtshof momentan im Rampenlicht steht, verbessert das Klima für die Anträge, die zu stellen sind.

Denn seit Februar 1992 ist das Team um Mumia Abu Jamal damit beschäftigt, den Fall zunächst intern einmal neu aufzurollen: Das heißt, es müssen Akten gesichtet, Zeugen gefunden und vernommen, Gutachten in Auftrag gegeben und Anträge erstellt werden, die die Justiz zur Eröffnung eines neuen Verfahrens zwingen soll.

Dies ist eine langwierige und vor allem kaum zu bewältigende Aufgabe, zumal eine nicht unbeträchtliche Anzahl von möglichen ZeugInnen erst durch einen irrsinnigen Aufwand zu ausfindig zu machen ist, oder andere zu einer Zeugenausssage nicht bereit sind.

Im übrigen gehen die Anwälte Mumia Abu Jamals davon aus, daß es möglicherweise seine letzte Berufung sein könnte. Drakonische Restriktionen seitens der Regierung und der Justiz sind die Ursache für die Annahme. Aus diesem Grunde kommt dem Antrag auf die Eröffnung eines neuen Verfahrens zwangslaufig eine besonders große Bedeutung zu.

Die amerikanische Öffentlichkeit meldet sich

Mittlerweile ist die amerikanische Öffentlichkeit aufgewacht: In einem *Committee to Save Mumia Abu Jamal* tummeln sich so bekannte Leute wie Ossie Davis, Mike Farell, Harry Belafonte, Sonia Sanchez, Whoopi Goldberg, Edward Asner und Daniel Berrigan, die sich für die Freilassung von Mumia Abu Jamal einsetzen.

Das *Committee to Save Mumia Abu Jamal* legt allerdings auch Wert darauf, auf die Tatsache hinzuweisen, daß Jamal nicht allein im Todestrakt ist: "Mehr als 2700 andere in diesem Land befinden sich in dem, was er in einer bei einer Veranstaltung verbreiteten Erklärung „das Land der Toten" genannt hat - „einen Ort, an dem die Lebenden per Gesetz begraben sind - einem Gesetz, das sich allein auf Macht gründet, einem Gesetz, das keine Gerechtigkeit kennt, einem Gesetz, das eine gesetzlose Minderheit („outlaws") von Reichen und Mächtigen schützt, aber den Armen und Machtlosen ins Gesicht spukt."

Derzeit plädiert die Bezirksstaatsanwaltschaft in ca. 50% aller zur Verurteilung stehenden Fälle von Kapitalverbrechen für die Todesstrafe, unabhängig davon, ob die Fakten dies notwendig machen oder nicht.

Das wirkt sich insofern ungünstig für die Verteidigung aus, als daß diese Prozesse gewöhnlich jahrelang dauern und der Anwalt erst nach Jahren sein Honorar erhält. Dies hat zur Folge, daß ganze 80 Anwälte von 8000 in Philadelphia dazu bereit sind, solche Fälle zu übernehmen. Wie zu erwarten, wird die Auswahl der Jury auch dahingehend gehandhabt, daß GegnerInnen der Todesstrafe erst gar nicht auf der Geschworenenbank erscheinen. Zum anderen ist davon auszugehen, daß auch Schwarze eindeutig in der Minderheit sein werden, wenn es darum geht, über ihn das Urteil zu fällen.

In Jamals Fall kann der Hinrichtungsbefehl jederzeit unterschrieben werden. Da 1994 Wahljahr in den USA ist und von den KandidatInnen eine befürwortende Haltung zur Todesstrafe erwartet wird, gilt es, in den Anstrengungen um die Freilassung von Mumia Abu Jamal nicht nachzulassen.

Das kostet Geld!!!!

Die internationale Kampagne hat bis jetzt etwa 80.000 Dollar eingebracht; es werden jedoch mindestens 150.000 Dollar für das Wiederaufnahmeverfahren benötigt. Also spendet!!

unter
Sonderkonto „Mumia Abu- Jamal"
Bank für Gemeinwirtschaft, Bremen
Konto Nr. 100 76 02
BLZ 290 101 11

Das Netz über Südafrika

Recherche zur internationalen Kooperation der Rechten

Martin Thembisile „Chris" Hani, Sohn einer Landarbeiterin und eines Wanderarbeiters, wird im April 1993 ermordet. Er ist auch Generalsekretär der Südafrikanischen Kommunistischen Partei. Ein Idol der Jugend. Am Tag seiner Beerdigung kondolieren in Großanzeigen die im Lande ansässigen internationalen Konzerne. Mercedes und BMW konkurrieren hart, wer für den Körper des Kommunisten den Leichenwagen stellen darf. Zur Beerdigung verdichten sich die Gerüchte zu ersten konkreten Facts über ein internationales rechtes Netzwerk, das Hani womöglich ermordete, das Attentate ebenso gegen andere Politiker der schwarzen Opposition plante und durchführte. Auch nach Deutschland wiesen unübersehbar Spuren.

Der Autor, Mitarbeiter bei medico international, recherchierte vor Ort in Südafrika.

Transvaal. Südlich der Stadt Graskop. Einige Jacaranda-Bäume. Blumenwiesen. Ein umständlicher Pfad am Sabie-Fluß entlang. Weiße Herrenhäuser, verlassene Farmen auf fruchtbarstem Land. Ganz entlegen die kleine Plantage von Helmut Hornung mit Forellenteichen und Macadam-Nüssen. Eine gute bewachte terra incognita der Rechten. Der Besitzer empfängt kameradschaftlich mit Schulterschlag. Der mit einer guten Legende ausgestattete Besucher, der mit Frau und Kind erschien, ist ihm auch anderweitig ausreichend avisiert worden. Eine Visite bei Hornung erfordert nämlich Referenzen. Der Weg nach dort begann über die *„Dienstleistungsagentur Günter Deckert, Brückstraße 29, Weinheim"*, deren Inhaber auch als NPD-Bundesvorsitzender und Ausländerhasser gerichtsnotorisch ist.

Von Deckert, der regelmäßige Südafrika-Reisen für „Kameraden" organisiert, geht es zur weiteren Zwischenprüfung an Peter Dehoust, den Coburger Herausgeber von *„Nation und Europa"*. Der nächste Filter in der Vermittlungskette ist dann ein ganz heißer Mann: Horst Graefe, der schlesienstämmige frühere NPD-Vorsitzende in Frankfurt und Leiter der *„Meute Ulrich von Hutten"*, der von hier aus nach Südafrika ging. Dort wohnhaft in „Die Wilgers" bei Pretoria. Von Station zu Station werden Namen überprüft, Gesinnungen getestet, Heimatadressen recherchiert. Unser Kind soll die alten Kameraden einmal kennenlernen, und das mitgeführte Familienbuch der Eltern mit dem Hakenkreuz präsentiert unseren arischen Stammbaum bis ins 16. Jahrhundert. Das überzeugt. Gastgeber Hornung ist bester Stimmung. Die Rechte formiert sich, sagt er. 1992 habe es noch 186 weiße rechtsextreme Gruppierungen gegeben, jetzt unter dem „Zwang zur Einheit" sind es zwanzig.

Ein neofaschistischer Gipfel

Er berichtet vom letzten Treffen der deutschen Rechten Südafrikas auf dem Odalshof in Stanfort. Geführt von Edhild Leinweber und Hans Heimrod, der auch über seine Hamburger Kontaktadresse zu erreichen ist: „Jensen, Tel. 040/47 30 31." Hier treffen und trafen sich mehrfach die Spitzenleute des alten und neuen deutschen Nationalsozialismus: Wolfgang Juchem, der Mann mit dem „clean record", wenig auffällig geworden bisher, aber als die zukünftige Integrationsfigur des Neo-Faschismus in Deutschland geläufig. Simon Wiesenthal erwähnt in seinem Report, daß Juchem auf „30 Jahre Tätigkeit in Bundeswehr und westdeutschen Geheimdiensten" zurückblicken kann. Oder der fanatische Manfred Roeder, der die Serie menschengefährdender Anschläge auf Ausländer in der BRD eröffnete: 100 000 DM soll Roeder pro Jahr aus den Kreisen der Rechten in Südafrika erhalten. Auch von Bernd Thrun ist vielfach hier die Rede, dem engen Vertrauten von Juchem



Das Symbol der terroristischen Afrikaner Weerstandsbeweging orientiert sich am Hakenkreuz

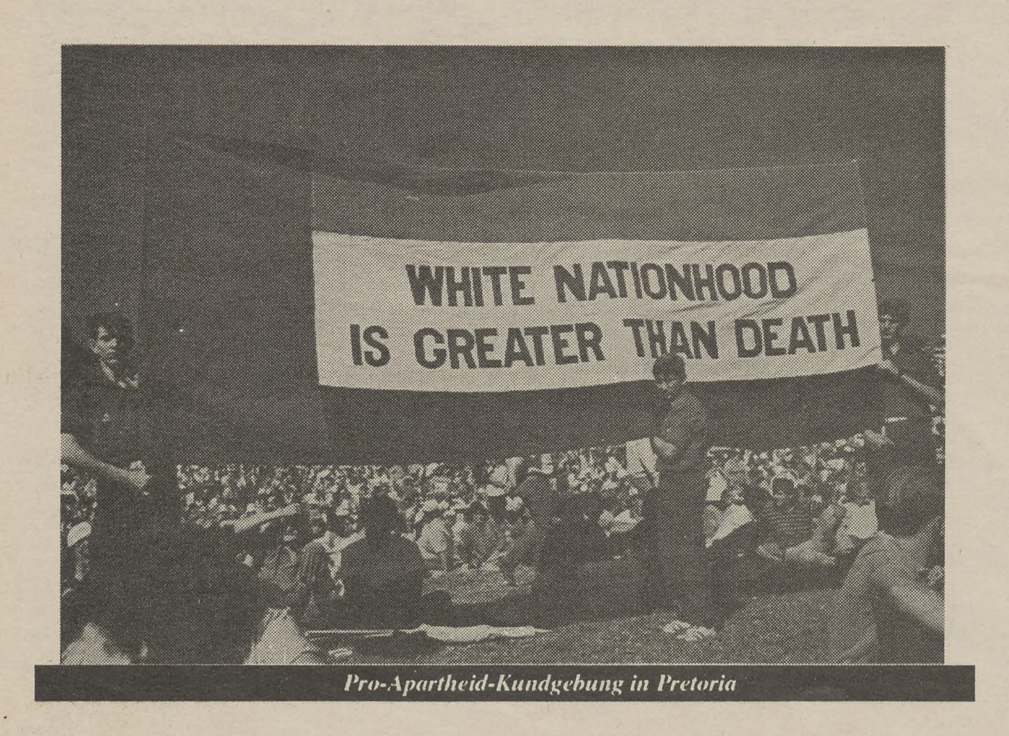
und Heinz Reisz. Hornung erzählt vertraulich, natürlich übe man auf den Farmen Schieß- und Sprengtechnik, früher auch mit vielen jungen Leuten aus Westdeutschland. Horst Klenz habe diese per Annonce angeworben: „Junge kräftige Leute" für Südafrika gesucht, für den Söldnerdienst in Angola. Jener Klenz, der öfter in Thies Christophersens Zirkular „Die Auschwitzlüge" (vermutlich gemeint: *Die Bauernschaft*, Atze) schrieb, der 1991 in Namibia wegen der Beteiligung an mehreren tödlichen Attentaten verhaftet wurde. Jetzt aber sei das anders: Thrun, Mitglied der Republikaner, verteile nun die Gelder für die Anwerbung von Skinheads nach Kroatien.

Das liege geographisch nicht nur näher an der BRD, die Ausbildung sei vor allem realistischer. „Die Linken haben versucht, ihre Leute in Nicaragua auf Waffen zu drillen, jetzt sind schon 250 Deutsche von uns in Kroatien. Als Wölfe einer unserer internationalen Brigaden kehren sie zurück".

„Wertes und Unwertes Leben"

Diese Eröffnungen ereignen sich alkoholisiert und überdies getränkt in volksdeutschem Liedgut: „Schwarzbraun ist die Haselnuß", Hornungs Lieblingslied, singen wir - und alte Reminiszenzen werden wach. Dem Gustav Sonnenhol gilt die Erinnerung und dem im vergangenen Herbst verstorbenen Grafen Dönhoff. Sonnenhol, Vorsitzender der Afrika-Fördergesellschaft, ist ab 1931 Mitglied der NSDAP unter Parteinummer 545961. Später Mitglied der Waffen-SS und Empfänger von deren Ehrenring aus den Händen des Heinrich Himmler. Noch im Jahre 1944 ernennt Ribbentrop ihn zum Verbindungsoffizier der Nazis für Südafrika. Zwischen 1957 und 1962 ist er stellvertretender Leiter der deutschen OECD-Mission in Paris und wird 1962 vom damaligen Minister Scheel ins Entwicklungshilfeministerium berufen. 1968 geht er als Botschafter nach Südafrika. Als Scheel ihn 1971 ins Außenamt holen will, stellt sich Bundespräsident Heinemann erfolgreich quer - Sonnenhol wird als Botschafter in die Türkei geschickt. Legendär und hochverehrt in Hornungs Sphären ist auch Wilhelm Beissner, inzwischen 78 Jahre alt, und ebenfalls früheres Mitglied der Waffen-SS, der heute als Mitglied in Terre' Blanches AWB (Afrikaner Weerstandsbeweging) fungiert.

Das Thema dieser fürchterlichen Leute auch heute: die Unterscheidung zwischen „wertem und unwertem Leben". Dieser Gedanke verbindet sie mit dem Konzept der Apartheid, das in den 30er und 40er Jahren entstand. Der damalige Staatspräsident John Vorster (1942): „Wir treten für den christlichen Nationalismus ein, der ein Verbündeter des Nationalsozialismus ist." Fest steht, daß es seit Anfang der 30er Jahre enge und offizielle Beziehungen Südafrikas zum Nationalsozialismus gab, die wesentlich dem Premierminister Hertzog und dem deutschstämmigen Verteidigungschef Pierow zu verdanken sind. Unmittelbar nach 1933 wurden auch Organisationen ähnlich der DSAG (Deutsch-Südafrikanische-Gesellschaft) gegründet; in Frankfurt, wurde diese allerdings erst 1965 aus der Taufe gehoben, vom deutschen Vertreter der Lobby „South African Foundation" und der "Afrikaans-Deutschen-Kulturvereinigung" in Pretoria, die damals vor allem „Südwester-Kontakte" pflegte. Die Mitgliedslisten der DSAG enthalten Dutzende MdB´s der CDU,CSU und der Wirtschaftsvertreter der Häuser Bosch, Siemens und Commerzbank.



Pro-Apartheid-Kundgebung in Pretoria

„Dann steigt das Horst-Wessel-Lied hoch"

Ganz auf der Höhe dieser Zeit treffe ich die wohl extremste Figur des deutschen Nazismus in Südafrika: Dr. H.G. Migeod, 8 Rosemead Avenue, (Oranjezicht), 8001 Kapstadt. Einer der aktuellen Inspiratoren unabhänger weißer Gebiete am künftigen Kap, auf der Grundlage der Erwägungen des Professors Boshof. Am 27. Mai, sagt Migeod, gehen wir auf „Reisen ins Reich". Er macht Rundreisen durch Europa und vermittelt Kontakte über sein „1.Standquartier" in Deutschland: Die Walhallastraße 78 in Bad-Salzuflen, wo sein Sohn Friedrich lebt. Er erläutert sein Touring-Programm: In Mannheim Besuche bei Dr. Stäglich und interne Vorträge gegen den „Hl. Holocaustus". Aus Südafrika versendet er regelmäßig seine „Staatsbriefe". Seine Besuche in Deutschland, bei der Bundeswehr, nennt er „militärpolitischer Natur". Zu Südafrika können wir ihn wörtlich zitieren: „Unser Donnerstags-Soldaten-Gesprächskreis hier enthält Deutsche aus allen Gauen (...), auch Deutsch sprechende Südafrikaner kommen öfter. Die Österreicher halten uns über Interna auf dem Laufenden, wie FPÖ (Haider, Mölzer u.a.). Am 20.April (Hitler´s Geburtstag; Red.) werden sich wieder eine ganze Anzahl Menschen versammeln. Das vereint sich unter freiem Himmel auf einer Farm, um des größten politischen und kulturellen Bewegers der weißen Rassengruppen zu gedenken. Buren recht viele, Deutsche, ein paar Engländer. Wenn die beiden Fahnen gehißt werden, steigt nach dem Deutschlandlied das Horst-Wessel-Lied hoch." Migeod fährt auch ins Baltikum. Reist nach Königsberg. Genauso wie der Klaus D. Vaqué aus dem Deutschen Landclub bei Johannesburg: „In Kroatien und Slowenien, in der Slowakei und der Ukraine entstehen Kräfte mit gesundem Volksempfinden, die sich gegen die Mächte der Unterwelt behaupten."

In der Nacht, Hornungs Kameraden schlafen, gelingt ein Vergleich mit der uns schon geläufigen Liste ihrer deutschen Kontaktpersonen, deren Hintergrund wir recherchieren:

- Josef Heinz, Großenhieder (Wiking Jugend)
- Gerhard Schwerdtfeger, Nordstemmen (Bruder des DSAG-Vorsitzenden Göttingen)
- Hans Peter Matianschek, München
- Manfred Roeder, Schwarzenborn
- Boris Penzholz, Berlin, (Mitglied in Kühnens FAP)
- Gerda Scheel, Ehingen (wahrscheinlich konspirative Postadresse für ihren Schwager Thies Christophersen)
- Jos Paymans, Nistertal
- Georg und Magdalen Schrader, Steinen

Über sie ist zudem zu erfahren, daß sie Exilanten des ANC in der Bundesrepublik ausspähen.

Verbindungen zum Hani - Mörder

Desweiteren sind Beziehungen offenkundig zu einem Holtz-Bernysch, dem *Siegrunen-Magazin* der ehemaligen Waffen-SS, der *Deutschen Frauen Front* (Mainz), der Bundesjugend (Stuttgart) und der Christa Goerth, von *der Hilfsorganisation Nationaler Gefangener* (HNG), Postfach 140412 Bielefeld. Die letztgenannten Deutschen sind erbeuteten Listen des *„World Aphartheid Movement“* (WAM) zu entnehmen, daß in Pretoria sitzt und dessen Chef der Altnazi Koos Vermeulen ist. Das WAM ist verknüpft mit burischen Nationalsozialisten und verschiedenen extremistischen Sekten (*„Children of Israel“*) und vor allem der *„World-Anti-Communist-League“* und der *„Organisation Western Goals“*, der man wiederum intensive Beziehungen zu Kreisen der *„Moon-Sekte“* nachsagt. Die Moon-Leute verstärkten ihre Südafrika-Tätigkeit in den vergangenen Jahren beträchtlich. 1992 gründeten sie dort das *„Republic Unity Movement of South Africa“*. Als deren Führer nun gilt der wegen des Mordes an Chris Hani verhaftete Abgeordnete der Konservativen Partei Clive W. Lewis. Lewis ist zugleich Chairman von *„Western Goals“* in Südafrika. Derby-Lewis, wie er korrekt heißt, fungiert auch seit 1992 als Präsident des *„Western Goals Institute“* in London. Auf diesem Posten ist er Nachfolger des Chefs der Salvadorianischen Todesschwadrone D´Aubuisson. Schließlich ist er führendes Mitglied der sich seit 1990 so nennenden *„World League for Freedom and Democracy“*. Geleitet von General John Singlaub, von Carter einst entlassen, von Ronald Reagan als Organisator der Waffenlieferungen an die Contras Nicaraguas und an UNITA und RENAMO im südlichen Afrika wiedereingestellt. Bei Clive und seiner Frau Gay Derby-Lewis, die 1993 mit Nelken im Knopfloch im Gerichtsaal in Boksburg stehen, wo man ihnen vorwirft, den Chris Hani Mörder Janusz Walus angeheuert zu haben, ging jedenfalls der Deutsche Arthur Kemp aus und ein. Auch er ein Autor von Dehousts *„Nation und Europa“*. Teilnehmer am 16. Südafrika-Seminar der „DSAG Coburg“, Autor eines Buches: „Der AWB. Sieg und Gewalt“, Mitarbeiter einer holländischen Bank mit Filiale in Hamburg. Auch er verdächtigt wegen der möglichen Teilnahme an Hanis Tötung.

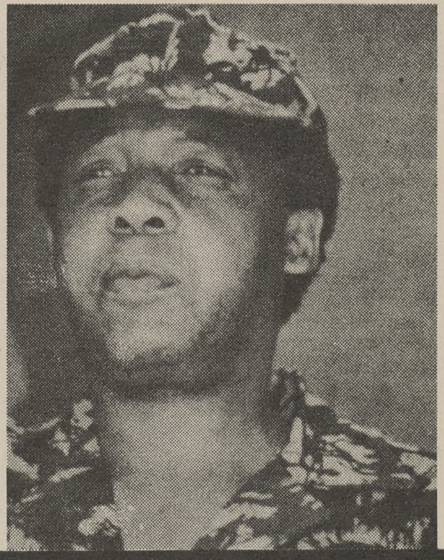
GRATIS-ANGEBOT



Kleinanzeige in der faschistischen Zeitschrift „Nation und Europa“

Ein aktuelles Netz

Die deutschen rechten, neofaschistischen und konservativen Beziehungen zu Südafrika sind offenbar lebendig, vernetzt und aktuell auf ganz verschiedenen Ebenen. Da gibt des die *Südafrikanische Deutsche Kulturvereinigung*, Tiroler Straße 111 in Pfronten, die den hiesigen Wissenschaftsnachwuchs anschreibt und günstige Austauschprogramme mit Südafrika anbietet. Da berichtet der Journalist Willi Germund über die Verbindungen des deutschen BND mit dem südafrikanischen Geheimdienst: Oberstleutnant Hugo, Intelligence-Mann vom Kap, gab Auskunft darüber, daß der BND in Pullach Ausbildungshilfe gibt. Von der Abteilung „Covert Collection“ gingen 1984 der heutige Lieutenant Commander der Marine, Koos Louw, Gerrit Bornma und der jetzige Major Roman Heilbreg nach München. Alle drei seien mit falschen Pässen in die BRD eingereist. Der dreimonatige Kurs habe vor allem der Fortbildung in Abhörtechnik gegolten. Heilbreg war zum Zeitpunkt seiner Entsendung Verbindungsoffizier zu den Special Forces, einer Einheit, die auch heute noch in die politische Gewalt Südafrikas verwickelt ist. Und da ist auch eine neue ehrenwehrte Gesellschaft, die sich ganz strategisch auf die Wahrnehmung von Chancen und Interessen im Rahmen der Transformation Südafrikas einrichtet: *„ACODA“* oder *„Entwicklungshilfegesellschaft für das neue Südafrika“*. Geleitet vom Polizeiminister a.D. aus Rheinland-Pfalz und amtierenden MdB Heinz Schwarz. Träger des Großen Bundesverdienstkreutzes und Autor des Buches „Fahndungsskandal Schleyer“, dem der *Spiegel* einmal Verwicklungen in den internationalen Waffenhandel nachsagte. 1992 lud *„ACODA“* zu einer „zukunftsweisenden Konferenz Südafrika“ nach Hamburg ein. Staatssekretär Volkmar Köhler, BMZ, nahm teil als Referent.



Chris Hani - Generalsekretär der Kommunistischen Partei Südafrikas und Leiter des militärischen Flügels des ANC

Auf Helmut Hornungs kleiner Farm wird neues Bier gebunkert, das nicht mehr unsereinem gilt. Auch der Gast als Kamerad ist nun nicht mehr erwünscht. Für die nächsten Tage hat sich Generalleutnant Cruywagen angesagt vom AWB. Er trifft dort einige belgische Abgeordnete aus Flamen: Filip DeWinter, Wim Verreyken und Francis van den Eynde.

Allesamt gelten sie als Vermittler von Söldnern für Kroatien. Sie kommen auf Geheiß eines ersten Drahtziehers der internationalen faschistischen Bewegung: Ed Wolsink, Chef der Aktionsfront Nationaler Sozialisten in den Niederlanden und ehemaliger SS-Hauptsturmbannführer. Bevor sie kommen und ich gehe, erfahre ich noch, wer ihnen die Tickets zahlt: Freddie Heineken, Mitglied der Bierdynastie und Herausgeber eines ethnischen Lebensraumplanes namens „Europa der Nationen“.

Äußerste Wachsamkeit ist deshalb angesagt - hier wie in Südafrika.

Hans Brandscheidt

Dänemark: Nazis ohne Glück

Anfang September 93 wurde die dänische Nazi-Szene ordentlich durchgeschüttelt. Der Grund dafür war eine ganze Flut von Presseberichten und Insider-Aussagen, die die kriminellen Machenschaften einiger Nazi-Führer ans Licht brachten.

Am 8. September strahlte der Fernsehsender „TV 2“ eine Sendung über rechtsextreme Organisationen in Dänemark aus. In dem Bericht wurde u.a. ausgesagt, daß Jonni Hansen, Führer der *Dänischen Nationalsozialistischen Bewegung (DNSB)*, hinter dem Einbruch in ein Büro einer sozialistischen Partei und dem Handel mit den dabei entwendeten Mitgliederkarteien stand. Auch mit einem Einbruch in das Büro der antirassistischen Organisation *„Fair play“* wird Hansen in Verbindung gebracht. Noch am Abend der TV-Ausstrahlung mobilisierten AntifaschistInnen in Kopenhagen eine spontane Kundgebung vor dem Haus, in dem Hansen wohnt. Die Stürmung der Wohnung, die auch als Hauptquartier der DNSB dient, wurde durch die eintreffende Polizei verhindert. Pech hatte ein herbeigeeilter Nazi, der Hansen beschützen wollte: Nichtsahnend zeigte Michael Christiansen, der einige Jahre Mitglied der DNSB gewesen war, ausgerechnet Zivilbullen, die er für Gesinnungsgenossen hielt, seine mitgebrachte Pistole. Der 33jährige Nazi wurde prompt festgenommen und bei einer anschließenden Durchsuchung fand die Polizei ein ansehnliches Waffen- und Munitionslager in seiner Wohnung. Christiansen bekam dafür 30 Tage Knast aufgedrückt.

Nur wenige Tage später wurde Albert Larsen, der Parteiführer der *Nationalen Partei (PDN)* und Ex-Mitglied der DNSB, in einem TV-Beitrag mit dem tödlichen Bombenattentat auf einen Antifaschisten im März 1992 in Verbindung gebracht (vgl. ATZE 15). Bereits in der ersten Sendung hatte Larsen vor laufender Kamera gestanden, die Männer, die 1990 den Überfall auf eine farbige linke Politikerin verübt hatten, zu kennen. Die sechs Nazis würden einer Gruppe mit dem Namen *„Dänische Bruderschaft“* angehören. Bisher sind weder dieser Überfall noch der Mord im vorigen Jahr von der Polizei aufgeklärt worden. Nun scheint es so, daß Larsen beide Male seine Hände im Spiel hatte. Besagtes Videoband, auf dem Larsen seine Sympathie für Gewalt gegen AntifaschistInnen bekundet und sich der Bekanntschaft der *„Bruderschaft“* rühmt, entstammt dem Archiv des ehemaligen Nazis Frede F. Rasmussen, der mittlerweile seine umfangreichen Insider-Kenntnisse geschickt vermarktet und an die Presse verkauft. Rasmussen, der beteuert, daß er dem Nationalsozialismus abgeschworen habe, hatte als „Archivar“ der Nazi-Szene Umgang mit führenden dänischen Nazis, an deren Treffen er mit seiner Videokamera teilnahm.

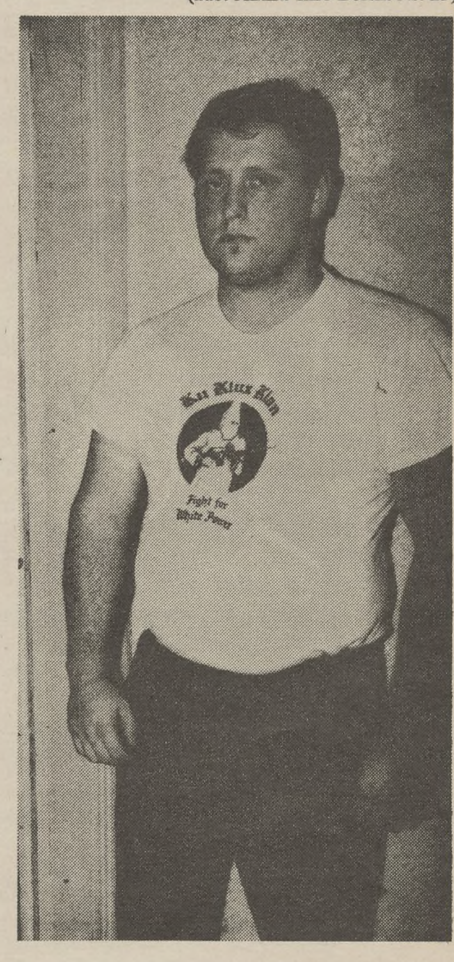


Dänisches Nazi-Propagandamaterial

Aber das war nicht der einzige Insider-Bericht, der den dänischen Nazis zu schaffen macht. Nidal Khazouf, die ehemalige Freundin des führenden DNSB-Mitglieds Povl Heinrich Riis Knudsen, ging mit einigen interessanten Informationen über die internationalen Aktivitäten und Verbindungen Knudsens an die Öffentlichkeit. So berichtete sie u.a., wie Nazi-Propaganda von Knudsens über die Grenze nach Deutschland geschmuggelt und in einem Postamt in Flensburg an deutsche Nazis verschickt wurde. Die z.T. in England gedruckte Nazi-Literatur wurde in dem Haus eines weiteren DNSB-Mitgliedes, Gunner-Vilhelm Gram, in Nörresundby gelagert.

Bereits im Juli 1993 hatte die DNSB auf der Insel Lolland ein Treffen, an dem auch Nazis aus Norwegen und Deutschland teilnahmen, organisiert. Bei den Teilnehmern aus Deutschland handelte es sich wahrscheinlich um Anhänger der FAP. Was die Nazis nicht wußten, war, daß sie beobachtet wurden. Dänischen AntifaschistInnen gelang es zudem, an einige Namen der Anwesenden heranzukommen. Die Namen einiger deutscher TeilnehmerInnen: Axel Rockel, Jörg Bläsing, Thomas Ketels, Falko, Robert, Birgit und Michael. Dies ist nicht das erste Treffen dieser Art, an dem deutsche Nazis teilnahmen. Bei Wehrsportübungen der DNSB sind Gäste aus Deutschland keine Neuigkeit.

(aus: Antifa-Info Berlin Nr. 25)



Bücher Bücher Bücher

Der Großregulator

S. Jäger
Der Großregulator
DISS; 19,80.

Wahr ist, was S.Jäger in der Einleitung seines neuen Buches „Der Groß-Regulator" schreibt, nämlich, daß es eine Unzahl von Büchern gibt, die den Themenkomplex „Rassismus und Medien" bearbeitet haben. Deshalb ist es m.E. nach wichtig, bei jedem neu erscheinenden Buch seine Funktion zu untersuchen und zu beleuchten, inwieweit neue Aspekte in diesem Buch vorhanden sind.

Doch zurück zum Buch von S.Jäger : In "Der Groß-Regulator" analysiert er durch eine "Tag-zu-Tag-Analyse" die BILD-Berichterstattung vom 25.05.93 bis zum 1.08.93. In diesen Zeitraum falllen sowohl die Verabschiedung der neuen Asylgesetzgebung, die Morde von Solingen und das dubiose "Bad-Kleinen-Spektakel", das S. Jäger als „von staatlicher Seite inszeniert" begreift , um "dem einen Extrem, einem eskalierenden Rassismus, ein anderes entgegenzusetzen, den linken Terrorismus, so daß der Eindruck entsteht: Es gleicht sich alles wieder aus." (Der Groß-Regulator)

Des weiteren analysiert er eingehend die Sprache der BILD-Zeitung und zeigt auf, daß durch sie rassistisches Gedankengut transportiert wird. Im übrigen erläutert er ausführlich die Methodik der BILD , die von ihr angewandt wird, um die gewünschte gesellschaftliche Stimmung zu erzeugen. Dazu gehört insbesondere das Verschweigen der massiven Überfälle auf Flüchtlinge, TürkInnen etc. im Gefolge der Morde von Solingen bzw. das Banalisieren selbiger.

In seiner Einleitung erläutert S. Jäger auch, warum er sein Buch nicht mit dem Titel "Der BILD-Manipulator" versah, wie man angesichts einer weiteren Methode der BILD, Nachrichten sinnentstellt wiederzugeben, vermuten könnte : Es geht der BILD vielmehr darum, zu regulieren, d. h. das Unnormale normal zu machen. Die Quintessenz dieser Technik lautet: "Daß du nicht merkst, daß du nichts merkst „ (Link 1992a, S.51)

Interessieren würde mich deshalb, ob die Mehrzahl der BILD-LeserInnen merken, daß ihre Tageszeitung mit ihrer Berichterstattung bezweckt, in ihnen den Wunsch nach einem starken Führer und mehr Autorität zu erzeugen. So wird z.B. die sog. anti-autoritäre Erziehung dahingehend verteufelt, daß sie den Grundstein für ein massives Erstarken des Rechtsextremismus gelegt haben soll.

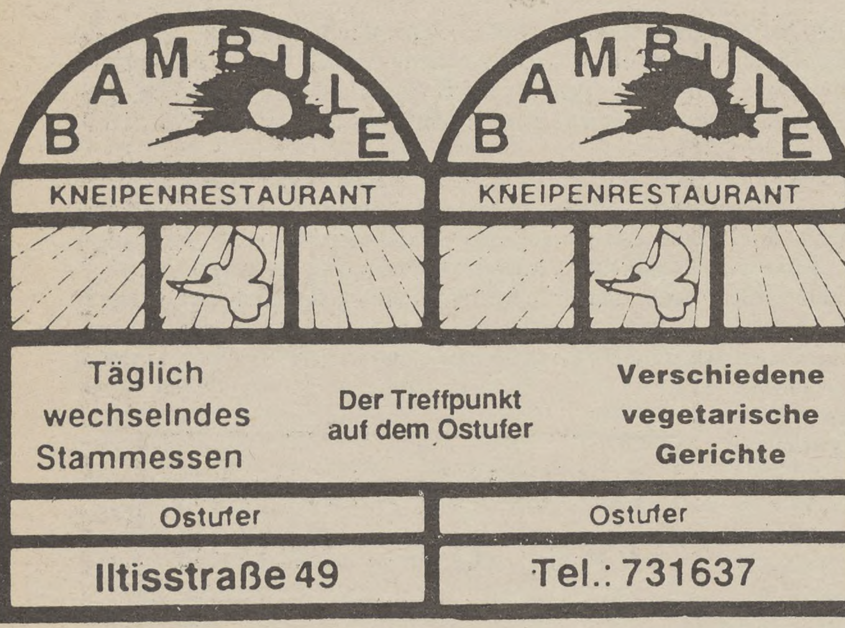
Im Übrigen verfolgt er in seinem Buch noch einen dritten Strang; den sog. Sozialdiskurs, indem er ihn in Bezug zum von der BILD transportierten Rassismus setzt. Schade ist dabei jedoch, daß es S. Jäger dabei beläßt, zu dokumentieren, wie die BILD zum Sozialdiskurs wettert. Hier wäre eine eingehende Analyse der BILD zu diesem Thema spannend gewesen, gerade weil es ein von der sog. Linken weitgehend unbearbeitetes Feld ist.

Allerdings ist S. Jäger in der Lage, auf eindrucksvolle Art und Weise zu belegen, daß es "Ziel ist, politisch motivierte Verbrechen ganz allgemein als Probleme des Links- und Rechtsextremismus erscheinen zu lassen. Damit soll klargestellt werden, daß Deutschand - wir Deutschen - eine ganz normale, keineswegs aggressive oder gar rassistische Gesellschaft darstellen."

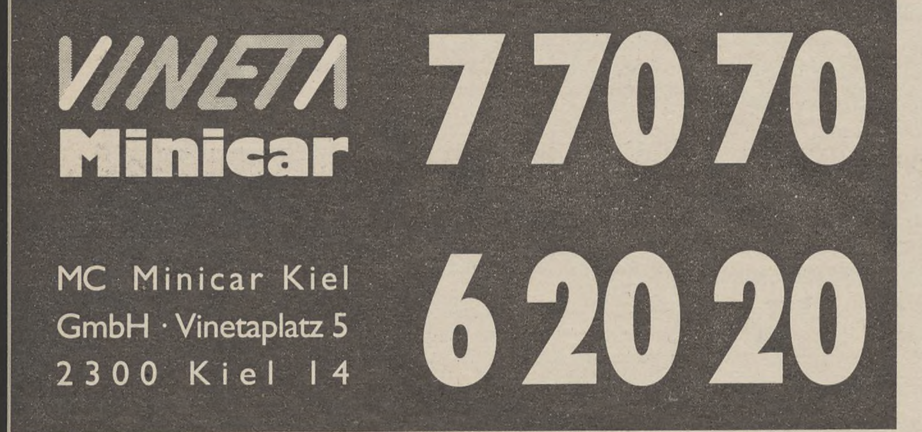
Fazit: Ein Buch, daß ich jedem/jeder empfehlen würde, der/die sich noch nicht mit dem Thema "Rassismus und Medien" beschäftigt hat, da es die Sprache, die ja als Transportmittel des Rassismus dient, sehr genau analysiert, und den Anfang zu einer Bewußtseinsbildung darstellen kann, welche Ängste etc. durch bestimmte Begrifflichkeiten ausgelöst werden.

Ansonsten kann ich es noch jenen empfehlen, die es als zeithistorisches Dokument betrachten wollen. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.

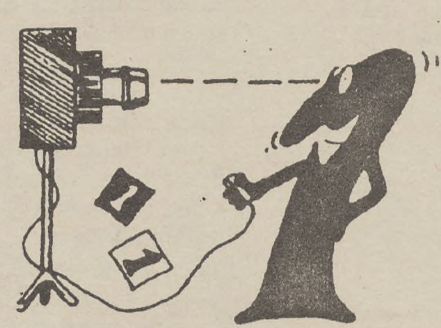

TRAU DICH
Kinder +
Jugend-
BUCHLADEN GmbH
KIEL
Holtenauer Str. 92
Tel. 566626

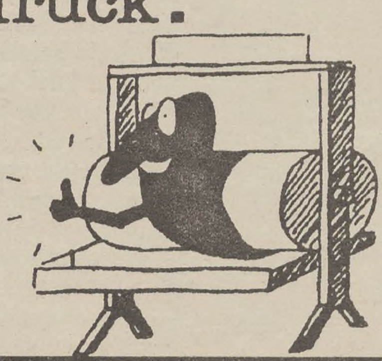

BAMBULE
KNEIPENRESTAURANT
Täglich wechselndes Stammessen
Der Treffpunkt auf dem Ostufer
Verschiedene vegetarische Gerichte
Ostufer
Iltisstraße 49


BAMBULE
KNEIPENRESTAURANT
Ostufer
Tel.: 731637


VINETA
Minicar
7 70 70
MC Minicar Kiel
GmbH · Vinetaplatz 5
2300 Kiel 14
6 20 20


1 2 3 4







Zu verschiedenen Themen schreiben Teilnehmerinnen und Teilnehmer von zwei Delegationsfahrten nach Nord-West Kurdistan, die vom kurdischen StudentInnenverband in der BRD und verschiedenen ASten 1992 und 1993 organisiert wurden.
Die Artikel setzen sich mit Schwerpunkten wie:
- dem türkischen Studiensystem,
- dem kurdischen Widerstand an den Universitäten,
- den deutsch-türkischen Wirtschaftsbeziehungen,
- der deutschen Medienpolitik,
- der Arbeit der Zeitung ÖZGÜR GÜNDEM,
- der Menschenrechtssituation in Kurdistan,
- dem GAP-Staudammprojekt

aber auch
- der Entwicklung und den Perspektiven des Kampfes der PKK und
- den Perspektiven "Nationaler Befreiungsbewegungen" im Allgemeinen auseinander.

Bestell- und Kontaktadresse ist:
Infoladen Bankrott
Stichwort: Kurdistanbroschüre
c/o Fachschaft Politik
Scharnhorststr. 103
48151 Münster

Bei Bestellungen bitte DM 4,- in Briefmarken beilegen (für jedes weitere Exemplar DM 2,- mehr).

Bijî Azadî !

Freiheit für Kurdistan !



Broschüre von Studentinnen und Studenten, die 1992 und 1993 an Delegationsreisen nach Nord-West-Kurdistan teilnahmen.

feministische und antifaschistische Comix & Cartoons

Zwei Sammelbände mit Beiträgen überwiegend unbekannter ZeichnerInnen. Ein Band zum Themenschwerpunkt Antifaschismus. Ein zweiter zum Themenschwerpunkt Patriarchatskritik mit Comics ausschließlich von Frauen.



Der Antifacomic kostet als Einzelexemplar 15 DM, für WiederverkäuferInnen 11 DM, ab 5 Exemplaren kostet jedes Exemplar für jedeN 11 DM. Der feministische Comic kostet als Einzelexemplar 12 DM, für WiederverkäuferInnen 9 DM, ab 5 Exemplaren kostet jedes Exemplar für jedeN 9 DM.

In diesen Preisen sind Porto und Verpackung enthalten. Am liebsten verschikken wir -gerade in kleinen Mengengegen Vorkasse (Verrechnungsscheck), weil wir dann keine Arbeit mit Rechnungen haben. Selbstverständlich liefern wir aber auch auf Rechnung.

Adresse:
Kunst Kultur Kommunikation e. V.
Schwarzer Bär 6
30449 Hannover

"ICH WAR/BIN DABEI"

Zur Geschichte und Gegenwart studentischer Verbindungen:

Progessive Anfänge?
Verbot in der Nazizeit?
Politisches Treiben der Dachverbände?
Überschneidungen zum Neofaschismus?
- wir informieren auf 48 Seiten über das, was in gewöhnlichen Veröffentlichungen über studentische Verbindugen fehlt !!

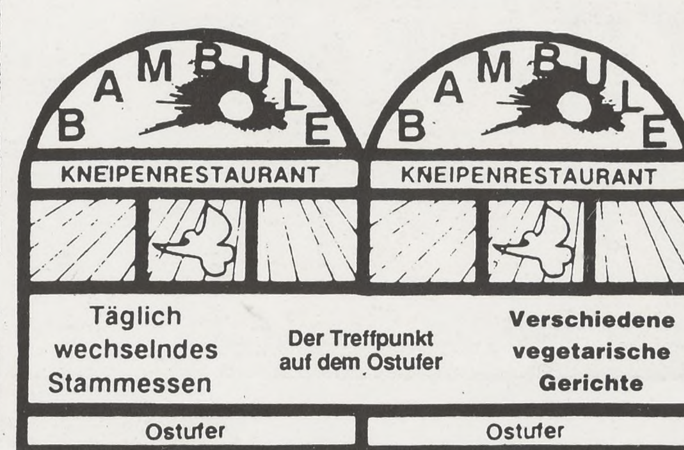
Preis: 2,50 DM + 1,50 Porto gegen Vorkasse in Briefmarken.
WeiterverkäuferInnen ab 5 Stück Preis : 2,-- DM + Porto (auch gegen Rechnung).

Bestelladresse:
Anarcho-Randalia
c/o Antifa-Archiv OS
Postfach 1211,
49002 Osnabrück





Schweffelstraße 6, 24118 Kiel, Tel.56 58 48



Antifaschistisches



Das Antifa-Infoblatt erscheint als bundesweite Zeitung alle 2-3 Monate.

Die Schwerpunkte sind:

* Entwicklungen und Aktivitäten der Neonazis in der BRD und international
* Entlarvung und Veröffentlichung ihrer FührerInnen
* Neue Rechte und Braunzone
* Antifaschistische Aktivitäten in der BRD und international
* Darstellung von Diskussionen über Möglichkeiten von Antifaarbeit
* Der Ruck nach Rechts und die Rolle der Biedermänner in der Regierung
* Rassismus, Sexismus und Nationalismus in der Gesellschaft
* Wirtschaftliche und soziale Entwicklungen
* Progressive Entwicklungen und Aktivitäten

Das Antifa-Info ist eine Grundlage für antifaschistische Aktivitäten von Einzelpersonen, Gruppen oder Organisationen. Es ist eine nichtkommerzielle Zeitung, die von aktiven AntifaschistInnen im Eigenverlag herausgegeben wird.

Das Antifa-Info ist für 4,- DM + 2,- DM Porto zu erhalten. Ein Abo über fünf Ausgaben kostet 30,- DM.

Kontaktadresse:
Antifa-Info, c/o L.Meyer
Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin



Aus dem Inhalt: